

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

68 (21.3.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Verlagspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 S ohne Zustellung. Einzelpreis 10 S. Samstags 15 S. — Anzeigen: die einpaltige Spaltenzeile 20 S., auswärts 25 S. Resten 80 S. Annahmestunde 9 Uhr vormittags. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpfung; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von Ged & Cie., sämtliche in Karlsruhe.

Klar zum Gefecht!

Die Reichspräsidentenwahl steht vor der Tür

Am Sonntag, 29. März, treten alle deutschen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, an die Wahlurne und erwählen sich

den Reichspräsidenten der deutschen Republik.

Wie unser ungergeklärter, leider zu früh verstorbenen Friedrich Ebert soll auch sein Nachfolger und sein Nachfolger wieder

ein Mann aus den Reihen des werktätigen Volkes

sein, der die Leiden und Nöte seiner Volksgenossen aus eigener Anschauung kennt und mit dem Volke fühlt und denkt. Die Sozialdemokratische Partei hat als Kandidaten den bewährten Genossen

Otto Braun

aufgestellt, der sein ganzes Leben lang in der Arbeiterbewegung tätig ist, sich als Stadtverordneter, Landtagsabgeordneter und Reichstagsabgeordneter, als Landwirtschaftsminister und preussischer Ministerpräsident bewährt hat, der mit fester Hand gegen größte Widerstände das landwirtschaftliche und Wohnbedürfnisse vorwärts brachte. Diejem Mann zum Siege zu verhelfen, muß

Ehrenpflicht jedes Wählers

sein. Jeder muß für ihn werben, muß für ihn kämpfen. Jeder ist dazu in der Lage in irgend einer Weise zum Siege beizutragen. Einen Groschen für den Wahlkampf, eine Stunde für Flugblattverbreitung, einige treffende Worte gegen die Sozialisten, einen neuen Abonnenten für den „Volkshfreund“, ein neues Mitglied für die Sozialdemokratische Partei — das kann, das muß sich jeder Sozialdemokrat zum Ziele setzen. Wenn Jeder so ein Stück Arbeit leistet, wenn sich diese Arbeit millionenfach wiederholt, dann ist

der Erfolg uns sicher!

Die Regierungstrife in Preußen

Berlin, 20. März. In der Landtagsdebatte über die Vorgänge in Halle wurde der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtags und Neuwahlen am 26. April abgelehnt. Bei Abwählung der Tagesordnung stellte sich schließlich die Beschlussunfähigkeit des Hauses heraus, sodass Präsident Bartsch die Sitzung schließen mußte.

Die Fraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei hat im preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, der besagt, der Landtag wolle beschließen, sich mit sofortiger Wirkung aufzulösen und die Neuwahlen auf den 26. April festzusetzen.

Berlin, 20. März. Zur Regierungsbildung in Preußen erfahren wir, daß die Kandidatur Dr. Hauptmann nicht mehr in Frage kommt. Für ihn soll eine Kandidatur des Entwaffnungskommissars Peters in Betracht kommen. Die Anregung, den gegenwärtigen demokratischen Finanzministers Soeffke-Schöff mit der Bildung des Kabinetts zu betrauen, fand bei den Reichsparteien keine Zustimmung.

Sie rebozieren

Die Landtagsabgeordneten von Baden und Württemberg erklären laut „Germania“, daß ihre Abstimmungsenthaltung am 20. Februar 1925 in keiner Weise gegen die verehrungswürdige Persönlichkeit des Reichstanzlers A. D. Marx und gegen das von ihm verfolgte Ziel der großen Volksgemeinschaft gerichtet gewesen sei. Sie erkennen an, daß die Wirksamkeit der Zentrumsfraktion wesentlich bedingt sei durch die Geschlossenheit ihres Verbandes. Sie erklären sich bereit, dem in Zukunft Rechnung zu tragen. Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtages hat auf Grund dieser Erklärung einstimmig beschlossen, die Angelegenheit als erledigt zu betrachten.

Keine Wahlreden, sondern Aufrufe

Berlin, 21. März. (Eigener Funddienst.) Der Präsidentschaftskandidat des Zentrums Dr. Marx wird sich in diesem Wahlkampf, ähnlich wie Otto Braun, mit einem Wahlauftritt an seine Wähler wenden und nur am Dienstag oder Mittwoch in Köln vor einem geladenen Kreise eine Programmrede halten. Die Einladung soll zu diesem Zweck von dem Oberbürgermeister in Köln, Adenauer, an die Spitzen der Behörden der städtischen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Körperschaften ergehen.

Wiederaufnahme der Arbeit bei der Eisenbahn

Berlin, 20. März. Die Eisenbahnarbeiter haben in fast allen vom Streik betroffenen Direktionsbezirken die Arbeit wieder aufgenommen, soweit sie offizielle Mitteilung von der Beendigung des Streiks erhalten hatten. In Dresden, wo mehrere Dienststellen aufgegeben nicht wurden, daß keine Nachregelungen erfolgen dürfen und alle Streikenden bis spätestens 31. März wieder einzustellen sind, wurde den zum Dienst erscheinenden Arbeitern ein Schriftstück zur Unterschrift vorgelegt, demzufolge sie sich als Zeitarbeiter, d. i. als Arbeitnehmer mit einjähriger Kündigung, zu betrachten hätten. Die Eisenbahner verweigerten die Unterschrift, worauf seitens der Organisation sofort Schritte unternommen wurden, um seitens der Hauptverwaltung die Ausführung der entsprechenden Anweisung im Sinne des ergangenen Schiedsprüchses zu veranlassen.

Die Lohnverhandlungen bei der Post

Berlin, 20. März. Gestern haben die Lohnverhandlungen für die Post- und Telegraphenarbeiter begonnen. Sie wurden heute fortgesetzt. Der „Germania“ zufolge dürfte es nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen zu einer Einigung kommen.

Ein Tscheka-Mord?

Leipzig, 21. März. (Eigener Funddienst.) Vor dem 1. Senat des Leipziger Staatsgerichtshofes wurde, wie bereits gemeldet, seit mehreren Tagen ein Hochverratsprozeß gegen 7 Kommunisten verhandelt. Am Freitag ist der Prozeß unter feierlichen Umständen für unbestimmte Zeit ausgesetzt worden. Einer der Zeugen bezichtigte den Angeklagten Sattler Otto Raier u. a. im Auftrag der Kommunistischen Partei nach Berlin geschickt zu sein und dort befehlsgemäß den Freiseur Kaufsch niederzugeschießen zu haben. Der Fall Kaufsch ist inzwischen durch die Beweisaufnahme im „Tscheka“-Prozeß ziemlich geklärt. Der Senat hielt sich aber trotzdem für verpflichtet, zu den bisherigen 14 Zeugen den Tscheka-Angeklagten Neumann und 30 andere Personen zu laden. Dadurch ergab sich eine Aussetzung der Verhandlungen auf längere Zeit.

Die Sturmtatastrophe in Nordamerika

1700 Tote, über 3000 Verwundete, 20 000 Obdachlose, 23 zerstörte Ortschaften

New York, 20. März. Die nunmehr vorliegenden Berichte über die Wirbelsturmkatastrophe, die beispiellos in der amerikanischen Geschichte dasteht, deuten an, daß die Verluste an Menschenleben doch noch größer sein, als nach den gestrigen amtlichen Berichten erschienen. Man schätzt nunmehr die Zahl der Toten auf 1700, die der Schwerverletzten auf mehr als 3000 und die Zahl der durch das Unwetter obdachlos Gewordenen auf mehr als 20 000. Bei Beginn des Tornados verflüchtete sich der Himmel. Eine graugrüne Wolke bewegte sich mit rasender Geschwindigkeit niedrig über der Erde. Das Sturmszentrum hatte etwa eine durchschnittliche Breite von 1500 Metern. In dieser Zone ist auf 300 Kilometer Länge buchstäblich alles vom Erdboden fortgerafft. Der Sturm bewegte sich in gerader Richtung durch die Staaten Missouri, Illinois, Kentucky und Indiana, Tennessee und Alabama, doch war dort seine Kraft bereits gebrochen.

Wilde Szenen spielten sich in der Bergarbeiterstadt Westfrancoeur (Illinois) ab. Als die Nachricht von dem Unwetter der in der Grube befindlichen Nachmittagschicht, die kurz vorher eingefahren war, bekannt wurde, strömten alle nach den Förderlöchern. Verzerrte Szenen spielten sich ab, als die Bergleute ihre erst vor weniger als einer Stunde verlassenen Heime in Trümmern fanden, unter denen ihre Familien begraben lagen. Ein Bergmann beging nach vergeblichem Suchen nach dem eigenen Selbstmord. Am späten Abend fanden sich alle Familienglieder ein, die während der Katastrophe alle außer dem Haupte gemietet und in panischem Schrecken auf das freie Feld hinausgeweht waren. Der 700 Einwohner zählende Ort Desoto existiert nicht mehr, nur ein Drittel der Bevölkerung soll entkommen sein. Unter den Trümmern der Schule sind 100 Kinder begraben.

Generalausperrung in Dänemark

Kopenhagen, 21. März. Der Arbeitgeberverband hat gestern beschlossen, ab 28. ds. Mts. 50 000 Mann auszusperrern. Damit wird sich die Zahl der an dem gegenwärtigen Konflikt beteiligten Arbeiter auf 100 000 erhöhen.

Gegen den Abbau des Wohnungsrechtes

Ein Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Schutze der Wohnungsbedürftigen

Berlin, 21. März. (Eigener Funddienst.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat angelehnt der Vertretungen der Reichsparteien auf Abbau des Wohnungsrechtes und die Vermeidung der Wohnungsnot einen Antrag eingebracht, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichsrat umgehend eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, die vor allem die gebundene Wohnungswirtschaft einschließlich der Reichsmieten- und Mieterzuschussgebung neu ordnet. Diese Wohnungswirtschaft soll unter Abweisung jeder Forderung solange aufrecht erhalten werden, bis ein neues Wohnungsrecht aufgrund des Artikels 155 der Reichsverfassung geschaffen ist. Zur planmäßigen Verringerung der Wohnungsnot wird von der Reichsregierung ein Wohnungsbauprogramm gefordert, das die Mißstände beseitigt und den Wohnungsbedarf in spätestens 7 Jahren befriedigt. Die Länder und Gemeinden sollen verpflichtet werden, im Rahmen des Reichswohnungsprogramms eine noch festzusetzende Mindestzahl von Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung und kinderreichen Familien zu erbauen. Der Antrag sieht vor, die Mittel zur Durchführung des Wohnungsprogramms durch eine Wohnungsbaubank von allen Gebäuden und Gebäudeteilen in Höhe von 20 v. H. der Friedensmiete zu erheben. Nichtzahlungsfähige Mieter sollen von der Wohnungsbaubank befreit werden. Diese Abgabe ist ausschließlich zum Wohnungsneubau und zur Erhaltung des alten Wohnraums gedacht. Die Wohnungsmiete soll als Steuerquelle für Reich, Länder und Gemeinden nicht benutzt werden.

Wieder ein Kriegsgerichtsurteil

Brüssel, 20. März. Das Kriegsgericht von Namur verurteilte den Hauptmann Schulte und den Leutnant Kalkers vom 181. Inf.-Reg. zum Tode, weil sie 15 Zivilpersonen getötet und 14 Häuser in Waulsort verbrannt haben sollen. Der Leutnant Kalkers und der Leutnant Horn vom 19. Infanterie-Reg., die angeklagt waren 21 Häuser in Jelenne in Brand gesteckt zu haben, wurden freigesprochen.

Der Kulturtampf in Frankreich

Große Schlägerei in der Kammer

Paris, 21. März. (Eig. Funddienst.) Am Freitag kam in der französischen Kammer der Schulfreit im Elsaß, über die Haltung der Kardinalie gegenüber der Regierung, zur Debatte. In Verantwortung einer Interpellation aus den Reihen der Mehrheit über die Agitation der Erbschläger hielt Herriot eine Rede, in der er gegenüber den Vorwürfen der Minderheit behauptete, daß seine Regierung gegenüber religiösen Fragen durchaus liberal sei. Er legt dann scharfe Bemerkungen gegen eine am 10. Februar gehaltene Rede des Papstes, der seine Kulturpolitik als „weder großzügig noch französisch“ bezeichnet hatte. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erregte Herriots Ausdruck, daß er die Größe des Christentums anerkenne, aber von einem „Christentum der Bankiers“ nichts wissen wolle, ungeheuren Ärger und es kam zu Zusammenstößen und dann zu einem Handgemenge, wobei die Sitzung unterbrochen werden mußte. Die Zusammenstöße fallen von noch nie dagewesener Heftigkeit gewesen sein. Man schlug sich mit Fäusten und warf sich sogar die Abstimmungsurnen an den Kopf.

Als der Präsident nach einer kurzen Pause eine neue Sitzung eröffnete und ein Abgeordneter der Rechten hysterisch versuchte, den Ministerpräsidenten am Reden zu verhindern, wurde er ausgeschloffen. Da er sich weigerte, den Saal zu verlassen, erschien auf Befehl des Präsidenten ein Oberst mit 5 Mann. Der ausgeschlossene Abgeordnete kam aber dem gewalttätigen Ausschluß zuvor, indem er auf den Oberst zunging, ihm die Hände schüttelte und sich mit ihm entfernte. Seine Freunde sangen inzwischen die Marseillaise. Dann konnte Herriot seine Rede fortsetzen, in deren Verlauf er u. a. seinen Ausdruck über das „Christentum der Bankiers“ mit dem engen Zusammengehen zwischen den Spitzen des Alerus und den Spitzen der Geldwelt bezug der Sozialfinanz erklärte. Die Kammer nahm schließlich eine Vertrauensresolution mit 325 gegen 251 Stimmen an.

Erdbeben

Schanghai, 20. März. Nach einem hier eingetroffenen Telegramm der chinesischen Konsulatsmission geriet ein Erdbeben, dem ein verheerendes Feuer folgte, die Stadt Tschifu in West-Yunnan. Die Fremden sind in Sicherheit.

Kleine Nachrichten

Berlin, 20. März. Zu der neuen Spreitschiebung wird gemeldet, daß sechs Zollbeamte, die gegen Entgelt den beiden Spreitschiebern unvergällten Spirit anstelle von vergälltem überließen, wegen passiver Befehdung verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurden.

Damburg, 20. März. Auf den Schießständen der Reichswehr in Hundebusch ereignete sich ein folgenschweres Explosionsunglück. Soldaten waren damit beschäftigt, alle Munitionskisten zu vernichten. Anscheinend ist dabei eine Handgranate oder eine kleine Mine explodiert. Durch die Sprengsplitter wurden fünf Mann schwer und fünf leicht verletzt.

Paris. Durch einen Autounfall wurde der Sohn des ehemaligen Chefredakteurs des Figaro, Calmette, und einer seiner Freunde, der ihn begleitete, auf dem Wege von St. Cyr nach Versailles getötet.

Millionen für Jarres

Spennige für die Vermissten der Armen

Tausende von Volksgenossen warten heute noch auf die deutsch-nationalen Auswertungsverhandlungen, und drei Millionen Rentempfangern fühlen sich ebenso betrogen, weil die deutsch-nationalen Wahlversprechungen über die Erhöhung der Invaliden- und Angehörigenrenten bis heute nicht erfüllt sind. Vor der Wahl wurden den Sozialrentnern gerade von den Deutsch-nationalen und den Volksparteilern goldene Berge versprochen. Aber das Ergebnis der vor wenigen Tagen im Reichstag abgeschlossenen Verhandlungen steht in schreiendem Mißverhältnis zu den Wahlreden der Jarres-Parteien. Hohn und Spott müssen die Sozialrentner am 1. April bei der Rentenzahlung empfinden. Ganze 2 M Zulage hat ihnen das Bürgerturn monatlich zugebacht.

Der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Invalidenrente um 150 Proz. und damit auf 35 M monatlich zu erhöhen, wurde abgelehnt. Infolgedessen stellte die Sozialdemokratie einen neuen Antrag, der zunächst die Grundrente von 14 auf 22 M im Monat erhöht wissen wollte und diese Erhöhung aus Mitteln des Reiches forderte. Außerdem verlangte sie die Aufwertung der früheren Beiträge in folgender Weise: Für die Beiträge in der ersten Lohnklasse sollten 6 S, in der zweiten Lohnklasse 12 S, in der dritten Lohnklasse 16 S, in der vierten Lohnklasse 20 S und in der fünften Lohnklasse 24 S jährlich zu der Rente zugezählt werden. Allen Invalidenrentnern wäre so ein monatlicher Betrag von 22 M gesichert worden, während die Witwen eine Rente von 18 M und die Waisen eine solche von 12 M erhalten hätten. Außerdem sollte für die Invalidenrentner der Kinderzuschuß von 3 M auf 4 M monatlich erhöht werden.

Von einer allgemeinen Steigerung der Grundrente wollten die bürgerlichen Parteien aber nichts wissen. Erst durch die entschiedene Haltung der Sozialdemokratie entschloß sich das Zentrum, im Ausschuß eine Erhöhung der Grundrente von 14 auf 16 M zu beantragen. Dieser Antrag, der den Vermissten der Armen monatlich 6 M weniger bringt als die Forderung der Sozialdemokratie, wurde schließlich im Ausschuß angenommen. Als dann aber der Finanzminister sich gegen eine weitere Befreiung der Reichskasse wandte, kamen die Regierungsparteien plötzlich mit einem gemeinsamen Antrag, der die ersten Forderungen des Zentrums fallen ließ. Die Grundrente sollte zwar um 2 M erhöht werden, aber die Steigerung der Sätze in den einzelnen Lohnklassen in einer Grenze von 2 bis 10 S gehalten werden.

Es war ganz selbstverständlich, daß sich die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit in einem Augenblick gegen diesen Antrag wandte, wo der Ruhrindustrie 700 Millionen Mark auf einen Schlag zur Verfügung gestellt wurden und wo den Jarresparteien von den Agrariern und der Industrie Millionen für die Präzidentenwahl zur Verfügung gestellt werden. Aber die bürgerlichen Parteien verzichteten trotzdem auf eine gerechte Erhöhung für die Sozialrentner, um so die von Luther angeordnete Regierungskrise zu vermeiden. Lieber stellte man sich unter die Diktatur des deutsch-nationalen Finanzministers als den berechtigten Ansprüchen der Arbeitslosen zu entsprechen.

Inzwischen ist der Antrag der Regierungsparteien Gesetz geworden. Die Sozialrentner werden sich also am 1. April mit einer Erhöhung von 2 M auf die Grundrente zufrieden geben müssen, während der sozialdemokratische Antrag allen Sozialrentnern zunächst 22 M monatlich zur Verfügung stellen wollte, dazu für jeden Beitrag den doppelten Steigerungssatz, der vor dem Kriege für geleistete Beiträge berechnet wurde. Wenn jemand z. B. 1000 Beiträge geleistet hätte, würde er nach dem Willen der Sozialdemokratie in der Lohnklasse 1 jährlich 60 M zu seiner Rente erhalten oder neben dem Grundbetrag von 22 M 5 M monatlich. Bei 1000 Marken in der Lohnklasse 5 würde die Rentenerhöhung 240 M jährlich oder 20 M monatlich betragen haben.

Das Bürgerturn hat es anders gewollt. Es hat Verständnis für die „Not“ der Ruhrindustriellen und den Ausbau der Seeflotte, es ist bereit, die Vermögenssteuer abzubauen und der arbeitenden Bevölkerung weitere Steuern aufzuerlegen, aber es ist nicht gewillt, von den hohen Summen, die das arbeitende Volk durch die Lohnsteuer, Umsatzsteuer, die Zölle und indirekten Steuern aufbringt, den invaliden Arbeitern einen bescheidenen Teil in Gestalt von Renten zurückzuzahlen.

Der Präsidentschaftskandidat der Rechten Herr Dr. Jarres ist der Repräsentant dieser bürgerlichen Regierungsmethoden gegen das arbeitende Volk. Er ist verpflichtet, als Präsident die Einnahmen des Reiches aus dem Vermögen des Volkes abzubauen und die Arbeiterklasse neu zu belasten, die Hungerbeträge für die Invaliden- und Sozialrentner herabzusetzen und den hinter ihm stehenden Parteien ein Vielfaches der jetzt für ihn verauslagten Wahlbeträge zurückzuzahlen.

Jeder Arbeiter, Angestellter und Beamte, der Herrn Jarres wählt, entscheidet sich damit für weitere Belastung seines Standes und die Entlastung des Volkes, für die Not der invaliden Arbeitsbrüder, zu denen er heute oder morgen vielleicht auch gehört. Die Parole heißt deshalb nicht Jarres, sondern Otto Braun! Ihn muß jedermann wählen, der für eine im Sinne der Gerechtigkeit liegende Lastenverteilung ist, der sich bereit zeigen will, die Not der Vermissten der Armen lindern zu helfen, der eintritt für Frieden und Verständigung, überhaupt: für Liebe, Freiheit, Brot! Das ist die Parole von

Otto Braun!

Die Sozialdemokratie gegen die unsoziale und brutale Lohnsteuer

In der Donnerstagsitzung des Reichstags stand der folgende Gesetzentwurf zur Beratung, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eingebracht hatte:

Der Reichstag wolle beschließen:
Die Reichsregierung zu ersuchen, mit der schleunigen Berücksichtigung der neuen Steuererlasse zugleich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Vorschriften über den Steuerabzug vom Arbeitslohn in der Weise ändert, daß

1. der steuerfreie Lohnbetrag auf 100 Reichsmark monatlich (24 Reichsmark wöchentlich) erhöht wird;
2. auch in den Fällen von Lohnausfall infolge Arbeitslosigkeit, Krankheit, Kurzarbeit, Streik, Ausperrung usw., sowie bei den Saisonarbeitern der volle jährliche steuerfreie Lohnbetrag im Wege des Lohnsteuerabzugs gutgebracht wird.

Der Gesetzentwurf wurde durch den Abg. Gen. Meier (Freiburg), unseren neugewählten badischen Abgeordneten, in einer guten Rede begründet. Genosse Meier hielt damit gleichzeitig seine Jungferrede im Reichstag. Die brutale Ungerechtigkeit der heutigen Lohnsteuer wird in Meiers Rede scharf beleuchtet. Wir lassen den Wortlaut der Rede nach dem amtlichen Stenogramm hier folgen:

Abg. Meier (Baden) (SPD):
Meine Damen und Herren! Wenn wir den Etat, wie er uns vor wenigen Wochen zugegangen ist, betrachten und dem gegenüberstellen, was die einzelnen Steuern im Verlauf der hinter uns liegenden 11 Monate des Jahres gebracht haben, so stellen wir zunächst einmal fest, daß 11 Monate des Jahres 1,5 Milliarden mehr als Gesamtetat für die 12 Monate des Jahres im ganzen vorgezogen hat. (Hört, hört! bei den Sos.) Es ergibt sich nun für uns die Frage: wie war es möglich, daß innerhalb 11 Monate überhaupt 1,5 Milliarden Mark mehr erzielt werden konnten und aus welchen Steuerquellen im ganzen vorgezogen hat. (Hört, hört! bei den Sos.) Es ergibt sich nun für uns die Frage: wie war es möglich, daß innerhalb 11 Monate überhaupt 1,5 Milliarden Mark mehr erzielt werden konnten und aus welchen Steuerquellen im ganzen vorgezogen hat. (Hört, hört! bei den Sos.)

Die Einkommensteuer steht im Etat des Jahres 1924 mit 1,344 Millionen, die Lohnsteuer allein, wie der letzte Ausweis des Reichsfinanzministeriums zeigt, beträgt 1,2 Milliarden. Wenn wir das Aufkommen des Monats März noch hinzunehmen, werden wir feststellen können, daß die einkommende Lohnsteuer allein den Etat der Einkommensteuer als Gesamtsteuer bedien dürfte. Die Aufkommen der Klasse der Nicht-Lohn- und Gehaltsempfänger sind dazu gar nicht mehr notwendig.

Sehen wir uns nun die Entwicklung der Lohnsteuer im Verlauf des hinter uns liegenden Jahres an, so stellen wir fest, daß von Monat zu Monat mit einer einzigen Ausnahme fortgesetzt eine gesteigerte Einnahme erzielt worden ist. (Hört, hört! bei den Sos.) Während im April 1924 die Lohnsteuer den Reichsfinanzen noch 79,5 Millionen erbrachte, erbrachte sie im Januar 1925 126 Millionen Mark. Im Februar, der nur 28 Tage zählt, brachte die Lohnsteuer 122 Millionen Mark. Wir sehen hier, daß die Entwicklung der Steuererträge des Aufkommens nicht zuletzt auf die bescheidene und an dem Lebenslohn gemessen lange nicht ausreichende Steigerung des Lohnanteils der Lohn- und Gehaltsempfänger zurückzuführen ist.

Der Steuerfiskus hat also ohne Rücksicht auf die Gestaltung der Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger das bisherige, was sie sich an Röhren im Laufe des Jahres erkämpft hatten, rückwärtslos weggeschmeißt. (Hört, hört! bei den Sos.)

Meine Damen und Herren, das ist sozial und steuerrechtlich ein unerträgliches Verbrechen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sos.) Diesen Zustand zu befestigen, ist Sinn und Zweck der sozialdemokratischen Anträge.

Wir freuen uns, daß wir in den Kampf, den wir um eine sozialere Gestaltung der Lohnsteuer zu führen haben, bereits Bundesgenossen auch außerhalb der sozialdemokratischen Partei gefunden haben. Wir freuen uns, daß das Organ Siegenwalds „Der Deutsche“ in einem Artikel, in welchem über den Etat referiert worden ist, unter anderem geschrieben hat:

Ein Etat, der zu 45 Proz. aus Verbrauchsteuern und Lohnsteuern gedeckt wird, ist auf die Dauer eine Unmöglichkeit. (Hört, hört! bei den Sos.) Wir hoffen, daß die Herren vom Zentrum aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen ziehen und, wenn es zur Abstimmung kommt, in dem Kampf, den wir zu führen haben, an unsere Seite treten werden.

Im 6. Ausschuss haben wir vor wenigen Wochen von Herrn Staatssekretär Dr. Dohs ein kleines Finanzserpölle bekommen. Er hat einen Plan vorgelegt, nach welchem sich die zukünftige Finanzsicherung des Reichs steuerrechtlich aufbauen soll. Zu unserem nicht geringen Erstaunen hörten wir da, daß sich das Finanzministerium mit der Absicht trägt,

jämliche Kapitalsteuern abzubauen,

das es aber nicht daran denkt, die Freigrenze der Klasse der Lohn- und Gehaltsempfänger für die Einkommensteuer hinaufzusetzen. (Hört, hört! bei den Sos.)

Kampfesweise der Rechten

Inzwischen steht die Rechte entsprechend der Aufforderung des Herrn Jarres ihren „ritterlichen“ Wahlkampf fort. Ja das Organ des Herrn Stresemann, die „Zeit“, bringt heute sogar den Mut auf, dreispaltig die Parole auszugeben, „Fort mit dem Parteichef“, um auf der gleichen Seite unter zwei großen Spalten von den „sozialdemokratischen Kabinettären der Ruhr-Entschädigung“ zu reden. Das „ritterliche“ Blatt bezieht sich dann auf eine Entschädigung, die dem Verlag unseres Partei-Blattes in Münster im Jahre 1923 aus öffentlichen Mitteln ausbezahlt worden ist. Es dürfte noch in allgemeiner Erinnerung sein, daß unser Partei-Blatt in Münster während der Ruhrbesetzung von den Klinger-Horden auf Verabredung in die Luft gesprengt wurde. Ganz abgesehen davon, daß schon deshalb das

Der Herr Staatssekretär erklärte damals, daß der sozialdemokratische Antrag, der die Freigrenze für die Lohn- und Gehaltsempfänger von 60 auf 100 Mark festgesetzt wissen will, wenn er Gesetz würde, einen Steuerausfall von 600 Millionen Mark für das Reich bedeuten würde, den das Reich jetzt nicht tragen könnte. Ich frage den Herrn Finanzminister: Was hätte das Finanzministerium eigentlich gemacht, wenn die Einkommensteuer nur die im Etat vorgezeichnete Zahl von 1,3 Milliarden erbracht hätte und es die 600 Millionen, die mehr eingeommen sind, überhaupt nicht zu sehen bekommen hätte? Dann hätten die Herrschaften im Finanzministerium auch damit ankommen müssen.

Wir haben unseren Antrag gestellt, weil wir es bei der Einkommensteuer mit einer Ueberpannung der Steuerkraft unseres Volkes zu tun haben. Diese Ueberpannung liegt darin, daß man ohne Rücksicht auf die Lebensbedingungen, denen wir in unserem Lande unterworfen sind, sagt, daß von dem, was einer mehr als 60 M verdient, Einkommensteuer zu zahlen ist. Die 600 Millionen, die Herr Staatssekretär Dohs als Ausfall errechnet hat, werden der Kaufkraft der breitesten Schichten unseres Volkes durch den Steuerfiskus entzogen. Die Lebenshaltung der Klasse der Lohn- und Gehaltsempfänger wird durch diese Art Steuererhebung geschmälert und erschwert. Das ist sozial gesehen ein unerträgliches Verbrechen (sehr richtig! bei den Sos.), der unsjo unerträglich ist, weil das Finanzministerium die Absicht hat, sämtliche Kapitalsteuern, abzubauen. Die Begründung, die wir im 6. Ausschuss von Herrn Staatssekretär Dohs hörten, war sehr merkwürdig. Er sagte nämlich: die kapitalarme deutsche Wirtschaft muß wieder die Möglichkeit der Kapitalbildung haben, so daß es möglich ist, Kapital zu sammeln. Ist dem Herrn Staatssekretär oder dem Herrn Finanzminister nicht bekannt, daß in der Volkswirtschaft die deutschen Sparbanken mit ihren Sparanlagen nicht unerheblich zur Kapitalbildung und zum Zurückfließen von Kapital in die Wirtschaft beitragen haben, und will das Finanzministerium etwa bestreiten, daß die Vermissten der Armen, die hungern, um ihre Sparanlagen für ihr Alter auf die Sparkasse zu tragen, jetzt auch wieder die Möglichkeit haben wollen, Spargelder für ihren Lebensabend zurückzulegen, und daß diese Millionen, die sie aufwanden, auch wieder dem Kapitalmarkt zugute kommt und damit auch der deutschen Wirtschaft? Die 600 Millionen, die Sie aber diesen kleinen Leuten einfach brutal wegnehmen, rauben Sie und damit rauben Sie ihnen auch die Möglichkeit, einen Spargroschen für ihren Lebensabend zurückzulegen.

Ist nun dem Herrn Finanzminister und dem Finanzministerium, das uns jetzt mit neuen Steuerplänen beglücken will, ebenfalls nicht bekannt, daß selbst das Ausland — das ist eine der betäubendsten Feststellungen, die wir machen müssen — sich mit bitteren Bemerkungen über die unsoziale Gestaltung unserer Steuererhebung geäußert hat? Ich empfehle dem Herrn Finanzminister, darüber einmal die Seite 66 des Sachverständigenratens nachzulesen.

Nun kommt für uns aber noch etwas anderes hinzu: Wir haben im Verlauf der letzten Wochen durch Denkschriften und durch Zuschriften zu hören und zu lesen bekommen, wie die Kreise der Nichtlohn- und Gehaltsempfänger an der Arbeit sind, das ganze Steuerproblem zu ihren Günstigen zu lösen, ganz gleichgültig, wie dabei die Klasse der Lohn- und Gehaltsempfänger abschnitten. Denn der Herr Finanzminister erklärt, er müsse das Best erst vorher haben und nach den bestehenden Machtverhältnissen in diesem Parlament rechnen er natürlich mit der bestimmten Möglichkeit, daß, wenn er bei einer Seite durch Förderung der Besteuerung entgegenkommt, er leichteres Spiel haben wird, um die andere Seite umso härter zu belasten. Wir wollen gar keinen Zweifel darüber lassen, daß die Art, wie die Steuererhebung ausgebaut werden soll, von unserer Seite die schärfste Kritik und Ablehnung erfahren wird (sehr richtig! bei den Sos.), und zwar wegen des sozial ungerechten Charakters, den alle Vorlagen, die wir bis jetzt zu Gesicht bekommen haben, von der ersten bis zur letzten Seite tragen.

Nun behandelt unser Antrag im 2. Abschnitt noch etwas anderes. Das geradezu grauame soziale Unrecht der jetzigen Lohnsteuer besteht darin, daß man ohne Rücksicht darauf, ob der betr. Lohn- und Gehaltsempfänger das ganze Jahr in Arbeit steht und ein bestimmtes Einkommen hat, ihn in dem Augenblick zur Einkommensteuer heranzieht, wo er über das Mindestmaß dessen, was die Steuer als Freigrenze vorsehen hat, verdient hat. Ob er das in 4 Wochen oder in einem Vierteljahr oder ein halbes Jahr arbeitlos ist und sich hungert und frierend durch das Leben schlagen muß, so nimmt der Steuererheber keine Rücksicht darauf und fordert von ihm für die Zeit, in der er in Arbeit gestanden hat, die Steuer. Dieses grauame soziale Unrecht zu befestigen, ist Sinn und Zweck unseres Antrages.

Wir bitten Sie, sofern Sie Verständnis für das soziale und das steuerliche Unrecht haben, das im gegenwärtigen Einkommensteuerproblem vorhanden ist, unserem Antrag zuzustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichstagsmüllschaden-Gesetz Anwendung fand und dem sozialdemokratischen Verlag in Münster eine Entschädigung gezahlt werden mußte, lag damals ein allgemeines politisches Interesse zur schnellen Wiedererrichtung des sozialdemokratischen Partei-Blattes vor. Infolgedessen beschloß die Regierung Gung, also ein Kabinett, in dem nicht ein einziger Sozialdemokrat war, wohl aber Herr Dr. Heine und Bekker-Hessen beides Mitglieder der Deutschen Volkspartei vertreten waren, dem Verlag des „Volkswillens“ in Münster aus öffentlichen Mitteln und zwar aus dem Rhein- und Ruhrfond 180 000 Goldmark zur Verfügung zu stellen. Der eigentliche Schaden betrug dagegen nach einer Feststellung des Oberpräsidiums in Münster 8 467 M für Gebäude, und 171 821 M für Einrichtungen, zusammen 180 288 M. Das sind nicht etwa unsere Angaben, sondern alles das stellt die „Zeit“ fest. Wenn also schon der Vorwurf der „Zeit“ berechtigt

wäre, was aus sachlichen und politischen Gründen jederzeit widerlegt werden kann, dann müßte der gleiche Vorwurf in diesem Fall mit genau demselben Rechte dem Kabinett Cuno mit den verfeindlichen Ministern gemacht werden.

Da die „Zeit“ aber einmal beim Entfallen ist, erlauben wir uns die höfliche Anfrage, wieweit Gelder ihr aus öffentlichen Mitteln und zwar aus dem Rhein- und Ruhrfond im Jahre 1923 und noch später zur Verfügung gestellt worden sind? Außerdem wiederholen wir die schon vor einigen Tagen erhobene Frage an Herrn Stresemann: Ist es richtig, daß er noch mit Schieber-Geldern entgegen seinen eigenen Angaben bis Dezember verkehrte und noch bis dahin Gelder aus einer Schieberbank für seine „Zeit“ und seine Partei erhielt? Wenn die Herren der Rechten schon den Kampf in dieser „ritterlichen“ oder besser gesagt schmutzigen Art und Weise führen wollen, die Laun zu überbieten ist, sind wir gerne bereit, ihnen in dieser Beziehung noch einigen Summer zu bereiten.

Schließlich behauptet die „Zeit“ in ihrer gestrigen Ausgabe Ministerpräsident Otto Braun besäße Anteile des „Volkskassens“ in Münster in Höhe von 5000 M. Das stimmt, aber Braun besitzt diesen Anteil als Mitglied des Vorstandes, erhält also weder irgend einen Gewinnanteil, noch hat er von diesem Anteil, den er vor seiner Ministerkandidatur probatorisch übernahm, überhaupt irgend einen Vorteil. Alles weiß die „Zeit“ aber sie verleumdet der Verleumdung wegen. Besonders charakteristisch aber ist, daß diese Verleumdungen in dem Blatt des früheren Reichskanzlers und jetzigen Außenministers Dr. Stresemann aufkauten, der aus seiner Regierungstätigkeit genau über diese selbstverständlichen Entschuldigungen unterrichtet ist und niemals dagegen Einspruch erhoben hat, daß das Reich die von wüßigen Suben angefertigten Dynamitschäden vergütet.

Das nationale Militärmaß: 50 über die Brust, 80 übers Maul

Vor wenigen Tagen besaßen sich die Vaterländischen Verbände mit dem Sicherheitsrat, den sie ablehnten. Erst jetzt aber wird die Entscheidung in ihrem Vorkaust bekannt. Sie besagt zum Schluß: „Auch nur einen Fuß breit angekommenen Bodens, auch nur einen einzigen Volksgenossen aufgrund freiwilliger Entscheidung preiszugeben, steht dem deutschen Volk feindselig gegenüber. Es liegt ihm vielmehr die unverrückliche Pflicht ob seine unerschütterlichen Ansprüche unter allen Umständen zu wahren und aufrecht zu erhalten. Wie und nimmer verzichten auf einen Fuß breit deutschen Bodens und nur einen Tropfen deutschen Blutes.“

Die Vaterländischen Verbände haben nur vergessen ihrer Entscheidung hinzuzufügen, daß sie sich gegen die feindliche deutsche Entscheidung richtete. Diese Regierung ist nämlich bereit auf Schlag-Bohningen zu verzichten und die deutsch-polnische Grenze anzuerkennen. Ueberhaupt eine nachträgliche Bestätigung des Versailles Vertrags durch ihre Notum zu liefern. Das scheinbar an der ganzen Geschichte ist nur, daß unsere „nationalen Presse“ nach innen so tun, als sei ihnen der Protest ernst, während die verantwortliche deutschnationale Regierung aber bereit ist — im im Jargon ihrer bisherigen Anhänger zu sprechen — ein Stück Boden nach dem anderen zu verfishern.

Die deutsche Fischele vor Gericht

In der Mittwochssitzung des Fischelprozesses wird zunächst der von der Verteidigung benannte Zeuge Josef Schneider, gegen den Voruntersuchung wegen Hochverrats schwebt, vernommen. Er ist von den Angeklagten Wühler und König, mit denen er zeitweise gemeinsam eine Zelle bewohnte, ausgehört worden, jedoch nicht im Zusammenhang mit diesem Prozeß. — Dann folgt die Vernehmung des aus der Strafanklage vorgeführten Zeugen Amshardt. Er will von einem gewissen Albert Waffner und Munition erhalten haben. Den Angeklagten Wühler, der Waffnerleiter war, will er persönlich nicht kennen, obwohl er ihm bekannt vorkommt. Mit Neumann ist er angeblich zwei Mal zusammengekommen, um von ihm Instruktionen und Aufträge zu erhalten. Es sei aber nicht der in diesem Prozeß angeklagte Neumann, wie er früher angab, sondern ein anderer gleichen Namens.

Anschließend wird die Zeugin Anna Schöpfmann vernommen, gegen die ein Mordattentat beschuldigt war. Sie ist 20 Jahre alt und Mitglied der kommunistischen Partei gewesen. Sie war eine Zeugin in der kommunistischen Zentrale ausweisweise beschuldigt. Später wurde sie in der Partei angestellt. Dann aber wurde sie wegen Differenzen wieder entlassen und aus der Partei ausgeschlossen. Von dem geplanten Mord hat sie erst in der Voruntersuchung erfahren. H. A. Wolff macht sie auf einen Brief aufmerksam, der bei ihr gefunden wurde und an die Verteilung 1 a gerichtet war. Sie gibt zu, diesen Brief geschrieben, jedoch keine Schädigung der Partei beabsichtigt zu haben. Mit der Polizei habe sie niemals in Verbindung gestanden und sei auch von niemand beauftragt worden, die Partei zu verraten.

In der Nachmittagsverhandlung wird die Zeugin Hermann vernommen. Sie ist die ehemalige Wirtin des Angeklagten Foblenstein, 61 Jahre alt. Auf ihre früheren Aussagen weiß sie sich nicht mehr zu erinnern. Es wird ihr deswegen das Protokoll vorgelesen. Foblenstein hat im Februar und März 1923 unter dem Namen Hermann bei ihr gewohnt, anmelden konnte sie ihm nicht, da er keinen Paß besaß. Er besaß jedoch im März und ließ seine Sachen zurück. Als ihr Foblenstein gegenüber geäußert wird, erkennt sie in ihm ihren Mieter Hermann wieder. Auf die Frage des Vorsitzenden, welcher Partei ihr Mann angehört, verweigert sie zunächst die Auskunft. Auf den Vorhalt, daß sie hier unter Eid aussage, gibt sie zu, daß ihr Mann der kommunistischen Partei angehört und Hermann schon früher einmal bei ihr gewohnt habe.

Dann wird der Zeuge Schönte vernommen, der aus der Untersuchungsakten vorgeführt wird. Ihm wird u. a. Vorbereitung zum Hochverrat zur Last gelegt. Er gibt zu, von einer Rechtspartei den Auftrag erhalten zu haben, die Fischele auszuführen. Die Partei, deren Mitglied er sei, nennt er nicht. Dann wird Frau Weibel vernommen, auf deren Aussagen ebenfalls ein Mordattentat geplant war, da er als Spion verdächtigt war. Er war bis Ende 1923 bei den Kommunisten, wurde ausgeschlossen und ist in den Diensten der Polizei gestellt worden. Die Verhandlung wird abends 7 Uhr auf Freitag vertagt.

Die Entscheidung des Schülers Weier
Berlin, 20. März. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts 8 begann heute die Verhandlung gegen den Kaufmann Hans Lieber wegen Erschleichung des 14 Jahre alten Schülers Weiers, der am 26. 5. 24 in einer Fidejucumtion zwischen Malsdorf und Dahlwitz tot aufgefunden wurde. Die Augen waren mit einem Tuch verbunden und auf der Brust war ein Zettel ange-

heftet, auf dem stand: „Tod den Faschisten! KPD.“ In der Ecke stand: „Ereignet. 26. 5. 24.“ Auf der Rückseite stand geschrieben: „Schwarze Hölle Malsdorf KPD.-Ereignisse.“

Der Angeklagte Lieber befindet, auf einem Spaziergang mit Weier habe dieser einen Revolver gezogen und gemeint, er könne mit verbundenen Augen ein Ziel treffen. Weier habe sich ein Tuch vor die Augen binden lassen und als der 1. Schuß verfehlte, habe er ihm den Revolver zum Nachschien gegeben. Als Lieber ihm den Revolver zurückgegeben habe, habe er plötzlich durch die engegeknürten Widelgamaschen einen Wadentampf bekommen, nach der Wade gegriffen, und in demselben Augenblick sei Weier tot zu Boden gestürzt. Aus Schreck darüber und um den Verdacht von sich abzuwenden, habe er als geschworener Feind der Kommunisten den Zettel mit der bekannten Aufschrift an der Brust Weiers befestigt. Der Angeklagte wurde wegen fahrlässiger Tötung zu 3 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 9 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Vom Magdeburger Verleumderprozeß

Magdeburg, 20. März. Als erster Zeuge wird der Mechaniker Meiser vernommen, der zurzeit des Streiks in den Goetz-Werken in der Mühlentstraße in Berlin arbeitete. Ueber den Streikbeginn erklärt der Zeuge nicht auslegen zu können. Ueber die Vorgänge in der Versammlung in Treptow befindet er, er habe nicht gesehen, daß man dem 1. Redner Ebert, einen Zettel hinaufgeschickt habe. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob dem Redner genehmigt wurde, wie es mit den Stellungsbefehlen wäre, erklärt der Zeuge, er könne sich nicht erinnern. Der nächste Zeuge, Tischler Fritz Kinter, arbeitete 1918 mit Ebert zusammen in Johannistal in demselben Räume. Ueber die Treptower Versammlung sagte er aus, Ebert habe weniger über den Streik als über die politische Lage gesprochen. Ebert habe gesagt: Wir müssen unter im Felde stehenden Kameraden ebenso mit Munition versorgen, wie in den feindlichen Händen die Soldaten mit Munition versorgt werden. Am Schluß seiner Rede sagte er, daß den Stellungsbefehlen selbstverständlich Folge geleistet werden müsse. — Der nächste Zeuge, Tischler Eitner, äußert sich in ähnlichem Sinne. Auch er betont, daß Eberts Anweisung in der Versammlung großen Unwillen hervorgerufen habe. Er selbst habe „Berater“ gerufen, ein Kollege von ihm „Lamunke“. Auch die nächsten Zeugen Verwaltungsamtmann Sammer und Walter Rube sagten im allgemeinen dasselbe über die Treptower Versammlung. Der Zeuge Rube erklärte z. B. auf das Bestimmte, es sei ganz ausgeschlossen, daß Ebert zur Nachbesprechung der Stellungsbefehle aufgefordert habe. Der Generalkonsumbeamte beantragte sodann die Ladung des Reichers Brückner, unter dem Ordel während des Januarstreiks im Jahre 1918 gearbeitet hat. Die Aussagen Brückners würden ergeben, daß Ordel den Streik und also auch die Treptower Versammlung nicht mitgemacht habe.

Deutscher Reichstag

Die Sozialdemokratie lehnt den Haushaltsentwurf ab

Berlin, 20. März. Am Regierungstisch Reichsinnenminister Dr. Schiele. Präsident Ebert eröffnete die Sitzung um 2.30 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Reichstags.

Abg. Dittman (Soz.) gibt folgende Erklärung ab: Die Sozialdemokratische Fraktion ist nicht in der Lage, dem vorläufigen Haushaltsentwurf ihre Zustimmung zu geben. Der Reichstag nimmt die Höhe eines Haushaltsentwurfes voraus, der in Einnahmen und Ausgaben den berechtigten Wünschen des werktätigen Volkes widerspricht. Unser Verlangen eine sofortige Erleichterung für die Lohn- und Gehaltsempfänger durch weitere Befreiung der geringsten Einkommen von der Lohnsteuer noch in diesem Entwurf zu ermöglichen, wurde abgelehnt. Statt dessen trifft die Regierung Vorbereitungen, um durch Ermäßigung aller Kapitalsteuern, Erhöhung der Reichssteuer und Einführung von Lebensmittelzöllen die Lastenverteilung noch ungerechter zu gestalten. Unwiderlegt sind unsere Beschwerden über die gefegte Vergabe von 715 Millionen Mark an die Ruhrindustriellen, die in dem Etat enthalten sein wird, während die Ansprüche der Spärer und Gläubiger auf Aufwertung, die Forderungen der Auslandsdeutschen und der Auskopfer, der Rentenbezieher und Gehaltsempfänger zum größten Teil wieder unerfüllt gelassen sind.

Die Gesandtschaft des Kabinetts Luther richtet sich je länger je mehr gegen die Interessen der weitausgehenden Bevölkerung, ist auf Winderung ihrer Rechte und ihres Einflusses gerichtet und kommt ihren Ansprüchen auf Kürzung der Arbeitszeit und Befreiung der Lebenslagen in keiner Weise entgegen. Aus allen diesen Gründen lehnt die Sozialdemokratische Partei den Entwurf ab.

Abg. v. Gräfe (Deutsch-Völk.) bedauert, daß keine entgegenstehende Behalte stattgefunden habe. Er stimme nur mit großem Bedauern dem Reichstag zu.

Abg. Koch-Weier (Dem.) erkennt die Notwendigkeit eines Notetats an und stimmt ihm zu. Das Mißtrauensvotum der Kommunisten lehne er ab, da die Demokraten sich ihre politische Haltung nicht von den Kommunisten vorsehreiben lassen. (Lachen bei den Kommunisten.)

Der Reichstag wird darauf in dritter Lesung endgültig gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Das kommunistische Mißtrauensvotum wird in einfacher Abstimmung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Die Entscheidung über die Wahrung der Interessen der Reichsregierung bei der Umstellung der Deutschen Werke wird angenommen. Es folgt die

zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die Verlängerung der Fristen der dritten Steuerertragsordnung in Bezug auf die Aufwertung, die am 31. März d. J. ablaufen sollten, bis zum 30. Juni d. J.

Abg. Dr. Schetter (Zent.) berichtet über die Verhandlungen des Aufwertungsausschusses. Die Fristenverlängerung sei notwendig geworden, weil das neue Aufwertungsgesetz nicht vor dem 1. April erledigt werden könne.

Reichsjustizminister Dr. Krenten gibt dann namens der Reichsregierung folgende Erklärung ab: Das Reichskabinett hat hinsichtlich des Aufwertungsgesetzes inzwischen einschneidende Beschlüsse gefaßt. Der Gesetzesentwurf wird noch vor der Reichspräsidentenwahl im Laufe der nächsten Woche den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden. Die Reichsregierung wird von sich aus in allerhöchster Zeit eine eingehende Darlegung der wichtigsten und grundlegenden Bestimmungen des Entwurfs der Öffentlichkeit unterbreiten.

Staatssekretär Joel erhebt Bedenken gegen den vom Ausschuss einseitigen Artikel, der zur Kreditperre führen würde. Auch das Reichsbankdirektorium hat gegen die Einseitigkeit dieses Artikels die allerhöchsten Bedenken erhoben, weil diese Maßnahme für das in- und ausländische Kreditgeschäft geradezu ruinös wirken würde. Das Geschäft der Sparkassenbanken und sonstiger Realcreditgeber würde völlig unterbrochen werden. Der Staatssekretär erklärt, daß daher die Reichsregierung diesen Artikel unter keinen Umständen annehmen könne, wenn der Ge-

danke weiter verfolgt werden solle, so könne das nur durch ein neues Gesetz geschehen. Der Artikel müsse daher an den Ausschuss zurückverwiesen werden.

Abg. Koch-Weier (Dem.) legt eine Entschließung vor, wonach der Reichstag bedauert, daß die Reichsregierung ihr Versprechen, den Gesetzesentwurf über die Aufwertung bis Anfang März vorzulegen, bis heute noch nicht erfüllt habe.

Abg. Neil (Soz.) ist der Ansicht, daß die Absichten der Regierung anscheinend weit zurückbleiben werden hinter den deutsch-nationalen Wahlversprechen. Die Regierung habe Angst vor der Entrüstung der Spärer und Gläubiger. Hinter dem bestenhenden Entwurf stehen nur 10 Abgeordnete der deutsch-nationalen Fraktion.

Abg. Müllin (Komm.) wirft den Sozialdemokraten vor, sie veranlaßten mit den Deutschnationalen ein Wettrennen in Demagogie.

Abg. Herat (D.) bedauert, daß die Regierung heute nichts mehr über die Aufwertungsfrage gesagt habe. Das ganze Volk beschäftige sich bereits mit dieser Angelegenheit. (Zuruf: Felsenberg der Spekulant.) Der Redner kritisiert dann die Stellungnahme des Reichsbankdirektoriums, das schon immer zu einseitigen Wirtschaftsinteressen im Auge zu haben scheine. Der Verweisung des neu eingelegten Artikels an den Ausschuss stimmt der Redner zu. Er hält es für kennzeichnend, daß die Sozialdemokratie sich plötzlich für die Aufwertung erklärt habe.

Abg. Koch-Weier (Dem.) bewundert die schlafensartige Trägheit, mit der Abg. Herat versuche, sich aus den Schlingen zu befreien, in die seine Partei durch die verantwortungslosen, unsachlichen und ungelassenen Wahlversprechen gelangt sei. Die Verantwortung für die Unruhe im Volk trage er selbst, die Regierung, die ihr Versprechen nicht gehalten habe und über die Partei mit ihren Wahlversprechen.

Abg. Wunderlich (L.V.P.) hält es für durchaus notwendig, daß für die kleinen Spärer etwas geschehe. Die tatsächlichen Minderheiten rechts und links würden allmählich langweilig. Notwendig sei ruhige und sachliche Arbeit.

Die Abgg. Dr. Jörissen (W. Vag.) und Siefert (Völk.) fordern rasche Entscheidung in der Aufwertungsfrage.

Abg. Dr. Best hält es für notwendig, der Eintragung aufzuwartender Hypotheken auf zweifelhafter Grundlage vorzuziehen. Der Redner schließt mit der Erklärung, er werde immer seine Stimme für eine gerechte Aufwertung erheben.

Der Artikel 3 wird an den Aufwertungsausschuss zurückverwiesen, der Gesetzesentwurf Dr. Baum in zweiter und dritter Lesung gegen die Kommunisten angenommen. Die demokratische Entschließung wird abgelehnt. Es folgt dann die Beratung der sozialdemokratischen und kommunistischen

Anträge auf Sicherung der Wahlfreiheit.

Abg. Koenen (Komm.) beschreibt die Vorfälle bei der kommunistischen Versammlung in Halle und die Verhaftung von Kommunisten in Stuttgart. In Halle habe man die Wahlfreiheit im Blut erkauft. Der Polizeiangriff sei beachtet und vorbereitet gewesen. (Widerpruch.) Die Verhafteten seien von der Polizei grausam mißhandelt worden. Während der Rede kommt es verschiedentlich zu Zwischenfällen, weil der Redner sich heftig nicht nur gegen die Rechte, sondern auch gegen die Sozialdemokraten wendet.

Abg. Crispian nimmt Severing gegen die kommunistischen Angriffe in Schutz (Aufheulen der Kommunisten). Redner: Ich freue mich, daß meine Darstellungen geeignet sind, die Kommunisten in ohnmächtiger Wut aufheulen zu lassen. Das Blutbad in Halle hätte vermieden werden können, wenn nicht die Polizeibeamten den Kopf verloren hätten. Sicherlich waren Frontposten am Werk, denn es ist Munition gefunden worden, die mit der Polizei nichts zu tun hatte. Den Kommunisten sind die Toten gut genug, um Wahlkassationen damit zu treiben.

Crispian hält alsdann eine große Anklagerede gegen die Kommunisten, die im Mute wagen und die Arbeiter ins Zuchthaus bringen. Die Kommunisten haben erregt von ihren Plänen auf und antworten mit wilden Schmährufen. Der Redner nennt sie unter dem Beifall seiner Parteifreunde Vläner und Arbeiterverräter und gewissenlose Neutigen, die mit dem Klassenbewußtsein der Arbeiter nichts zu tun haben.

Reichsjustizminister Dr. Schiele stellt fest, daß nach der Verfassung die Wahlfreiheit gewährleistet ist. Es liege kein unmittelbarer Anlaß dazu vor, die Landesregierungen noch einmal besonders darauf hinzuweisen. Dazu komme, daß der Reichstag erst vor acht Tagen einen Antrag angenommen habe, der jede Beschränkung der Wahlfreiheit unterföge. — Die zuständigen Verwaltungsbehörden haben alle Maßnahmen zum Schutze der Wahl getroffen. Die freie Meinungsäußerung ist in keiner Weise gefährdet. Dieses Recht gilt aber freilich nur für die Deutschen, nicht aber auch für Ausländer. Der Reichsminister schließt sich in dieser Auffassung durchaus den Erklärungen des preuss. Innenministers Severing an. Die Vorfälle in Halle sind nicht völlig aufgeklärt. Die Untersuchung wird von der preuss. Regierung betrieben. Die Würdigung der Vorgänge in Frankfurt a. M. seien unbedeutend. Auch in Stuttgart ist von einem Wahlerregter keine Rede. Die Durchsuchung des kommunistischen Parteibüros fand auf Veranlassung des Oberreichsanwalts statt und es wurden Schriftstücke schwer belastender Art gefunden. Alles auf die bevorstehenden Wahlen bezüglichen Material ist zurückgegeben worden. Bei dem ganzen Vorkaust waren nur kriminelle Gesichtspunkte maßgebend. Der Minister stellte im allgemeinen fest, daß die Polizeibehörden durchaus ihre Pflicht getan hätten. Tatsache ist, daß zwei Schüsse von der Galerie auf die Polizeimannschaft abgefeuert worden seien. Niemand könne verlangen, daß die Polizei abwartet, bis sie angegriffen wird. Jeder, der die Polizei angreift, mußte wissen, was das zu bedeuten habe. Wenn jeder sich darüber klar sei, würden derartige bedauerliche Vorkommnisse von selbst aufhören.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Hierauf vertagt sich das Haus auf Samstag 11 Uhr.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Karl Kullmann, Buchmeister, Chemnitz, alt 58 Jahre. Ida Kochel, alt 75 Jahre, Witwe von Eduard Kochel, Bahnmeister. Barbara Wohlhüter, alt 58 Jahre, Ehefrau von Albert Wohlhüter, Schuhmacher.

Pfarrer Neumanns Heilmittel

stets auch vorrätig im Alleindepot Altes Sachs'sche Apotheke von 1727 (Dr. Fritz Lindner) Karlsruhe, Kaiserstr. 80. Telet. 438. Das große Pfarrer eumann-Buch" (320 Seiten, 200 Abbild.) erhält jeder Leser, der seine Adresse einschickt, von d. Firma Ludwig Neumann & Co., Nürnberg M 168, grat. u. franco zugesandt. Postk. genügt.



Das große Pfarrer eumann-Buch" (320 Seiten, 200 Abbild.) erhält jeder Leser, der seine Adresse einschickt, von d. Firma Ludwig Neumann & Co., Nürnberg M 168, grat. u. franco zugesandt. Postk. genügt.

Auf zur Reichspräsidentenwahltagitation

Öffentliche Wähler-Versammlungen finden statt:

Samstag, 21. März:
Eutingen Amt Forzheim: abends 8 Uhr im „Röhle“. Referent: Bürgermeister Gen. Riberi-Durlach.
Uffern: abends 8 Uhr im „Bahnhof-Hotel“. Referent: Schulinspektor Gen. Reinmuth-Karlsruhe.
Diellingen Amt Forzheim: abends 8 Uhr im Rathausaal. Referent: Regierungsrat Gen. Dr. Lehmann-Karlsruhe.
Sonau Amt Rehl: abends 8 Uhr in der „Krone“. Referent: Bezirksrat Gen. Koffer-Leutesheim.
Reuthardt Amt Bruchsal: abends 8 Uhr in der „Krone“. Referent: Gen. Gah-Karlsruhe.
Singen Amt Durlach: abends 8 Uhr. Referent: Genosse Stadtrat Spengler-Forzheim.
Wüchensbrunn Amt Forzheim: abends 8 Uhr in der „Linde“. Referent: Oberregierungsrat Gen. Ketz-Karlsruhe.
Breitert Amt Rehl: abends 8 Uhr im „Salmen“. Referent: Dr. Gögler-Karlsruhe.
Jell a. S.: abends 8 Uhr im „Wären“. Referent: Reichstagsabg. Gen. Oskar Ged.-Mannheim.
Göben Amt Rastatt: abends 8 Uhr im „Anker“. Referent: Gen. Seidel-Baden-Baden.
Speisberg Amt Ettlingen: abends 8 Uhr in der „Traube“. Referent: Stadtw. Gen. Hörmann-Karlsruhe.
Geralsbau bei Bad. Baden: abends 8 Uhr im „Girsch“. Referent: Stadtw. Gen. Sommer-Bad. Baden.
Oberbeuren: abends 8 Uhr im „Nählen Krug“. Referent: Stadtw. Schmedenbacher-Bad. Baden.
Sonntag, 22. März:
Linsenheim A. Karlsruhe: nachm. 3 Uhr in der „Krone“. Referent: Notar Gen. Krill-Forzheim.
Forzheim Amt Karlsruhe: nachmittags 3 Uhr im „Volkshaus“. Referent: Gen. Pfalzger-Durlach.
Sulzbach Amt Bruchsal: nachmittags 4 Uhr im Rathaus. Referent: Gen. Koch-Karlsruhe.
Grünmetersbach: nachmittags 3 Uhr im „Adler“. Referent: Gewerkschaftssekretär Tomberg-Forzheim.
Zusenhausen Amt Oberkirch: nachmittags 3 Uhr. Referent: Schulinspektor Gen. Reinmuth-Karlsruhe.
Appenweier: abends 8 Uhr im „Bad. Hof“. Referent: Schulinspektor Gen. Reinmuth-Karlsruhe.
Bruchhausen Amt Ettlingen: mittags 2 Uhr im „Girsch“. Referent: Gen. Schwab-Karlsruhe.
Ottenshofen Amt Bühl: vormittags 11 Uhr im „Adler“. Referent: Lehrer Koch-Appenweier.
Rehl: mittags halb 3 Uhr im „Badischen Hof“. Referent: Gen. Dr. Engler-Karlsruhe.
Dos: abends halb 8 Uhr im „Adler“. Referent: Gen. Dr. Engler-Karlsruhe.
Blittersdorf Amt Rastatt: mittags 3 Uhr in der „Blume“. Referent: Stadtrat Gen. Samann-Forzheim.
Ottenshofen Amt Rastatt: mittags 3 Uhr im „Grünen Baum“. Referent: Gen.-Rat Glun-Ettlingen.
Wiederstühl Amt Rastatt: abends 8 Uhr im „Girsch“. Ref.: Gen.-Rat Glun-Ettlingen.
Unterhormersbach Amt Offenburg: mittags 3 Uhr im „Ochsen“. Ref.: Reichstagsabg. Gen. Oskar Ged.-Mannheim.
Oberhormersbach Amt Offenburg: vorm. 11 Uhr im „Friedhof“. Ref.: Reichstagsabg. Gen. Oskar Ged.-Mannheim.
Springen Amt Forzheim: abends 7 Uhr im „Engel“. Ref.: Arbeitersekretär Gen. Erb-Karlsruhe.
Deichbrunn Amt Forzheim: nachmittags 3 Uhr im „Röhle“. Referent: Arb.-Sekr. Gen. Erb-Karlsruhe.
Egersweier Amt Offenburg: mittags 3 Uhr in der „Linde“. Gen. Sulzer-Baden-Baden.
Sundweier Amt Offenburg: abends 8 Uhr im „Kaiser“. Referent: Gen. Sulzer-Baden-Baden.
Unterwiesheim Amt Bruchsal: mittags 3 Uhr im Rathaus. Referent: Stadtrat Gen. Höhn-Karlsruhe.
Schertzheim Amt Rehl: mittags 3 Uhr in der „Krone“. Referent: Gen. Gah-Karlsruhe.
Delmingsen Amt Rehl: abends 8 Uhr im „Bierhaus“. Referent: Gen. Gah-Karlsruhe.
Spitz: nachmittags 3 Uhr im „Baum“. Referent: Gen. Schloß-Karlsruhe.
Staffort: abends 8 Uhr in der „Kanne“. Referent: Gen. Roderh-Unterzambach.
Grundbach Amt Bühl: mittags 2 Uhr in der „Forelle“. Referent: Sekretär Gen. Stenz-Karlsruhe.
Walsh: nachmittags 3 Uhr im „Mahlberg“. Referent: Bürgermeister Gen. Riberi-Durlach.
Lautenbach Amt Oberkirch: mittags 3 Uhr in der „Sonne“. Referent: Stadtrat Gen. Höhn-Karlsruhe.
Oberkirch: abends 8 Uhr in der „Stadt Straßburg“. Referent: Stadtrat Gen. Höhn-Karlsruhe.
Niefen Amt Forzheim: abends 7 Uhr in der „Linde“. Referent: Prof. Gen. Rohbach-Karlsruhe.
Diersheim Amt Rehl: mittags 2 Uhr im „Schwanen“. Referent: Bezirksrat Gen. Koffer-Leutesheim.

Rehler Amt Bruchsal: abends 7 Uhr im „Girsch“. Referent: Stadtw. Beeh-Karlsruhe.
Mehlbühl Amt Rehl: mittags 2 Uhr im „Adler“. Referent: Genosse Hauptlehrer Ged.-Rehl.
Altenheim Amt Offenburg: mittags 3 Uhr in der „Eintracht“. Referent: Stadtrat Gen. Winter-Offenburg.
Durlach Amt Offenburg: mittags 3 Uhr in der „Eintracht“. Referent: Gen. Vogel-Offenburg.
Ottenshofen Amt Offenburg: mittags 3 Uhr in der „Brauerei Hof“. Referent: Stadtrat Gen. Monst-Offenburg.
Schutterwald Amt Offenburg: mittags 3 Uhr im „Schutterwälder Hof“. Referent: Bürgermeister Gen. Pfalzger-Offenburg.
Hammerweier Amt Offenburg: mittags 3 Uhr im „Röm. Kaiser“. Referent: Stadtw. Gen. Schmedenbacher-Baden-Baden.
Wüchensbrunn Amt Offenburg: abends 8 Uhr im „Anker“. Referent: Genosse Fernbrüder-Offenburg.
Weier Amt Offenburg: mittags 3 Uhr in der „Linde“. Referent: Gen. Hegel-Offenburg.
Jell-Weiberbach Amt Offenburg: mittags 3 Uhr in der „Wirtshaus Riedle“. Referent: Gen. Rader-Offenburg.
Hohlbach Amt Offenburg: abends 8 Uhr in der „Brauerei Hof“. Referent: Gen. Hoffmann-Offenburg.
Wasserweier A. Offenburg: mittags 3 Uhr im „Girsch“. Referent: Stadtrat Gen. Winter-Offenburg.
Rehler Amt Offenburg: mittags 3 Uhr in der „Traube“. Referent: Gen. Haberer und Engelhardt-Offenburg.
Egersheim Amt Karlsruhe: abends 7 Uhr im „Bad. Hof“. Referent: Notar Gen. Krill-Forzheim.
Kerbach Amt Ettlingen: mittags 3 Uhr im Rathaus. Referent: Gen.-Sekr. Gen. Frey-Karlsruhe.
Stettfeld Amt Bruchsal: mittags 3 Uhr im „Nitter“. Referent: Stadtw. Schöll-Karlsruhe.
Schöllbrunn Amt Ettlingen: mittags 3 Uhr im „Grünen Baum“. Referent: Gen. Pfeiler-Karlsruhe.
Schnittenbach Amt Ettlingen: mittags 3 Uhr im „Girsch“. Referent: Stadtw. Gen. Hagemann-Forzheim.
Eschert Amt Ettlingen: mittags 3 Uhr. Referent: Gen. Deibel-Karlsruhe.
Sulzbach b. Gaggenau: mittags 3 Uhr im „Adler“. Referent: Gen. Kohlenhagier-Gaggenau und Lehrer Zeant-Karlsruhe.
Rehler Amt Bruchsal: mittags 3 Uhr in der „Krone“. Referent: Gen. Pfeiler-Karlsruhe.
Mingolsheim Amt Bruchsal: mittags 3 Uhr im „Niefen“. Referent: Gen. Kuge-Karlsruhe.
Kronau Amt Bruchsal: abends 8 Uhr in der „Sonne“. Referent: Gen. Kuge-Karlsruhe.
Odenheim Amt Bruchsal: mittags 3 Uhr in der „Blume“. Referent: Lehrer Gen. Ansmann-Weingarten.
Seuthen A. Bruchsal: mittags 3 Uhr in der „Sonne“. Referent: Hauptlehrer Gen. Rader-Weingarten.
Uffert Amt Bruchsal: mittags 3 Uhr im „Wären“. Referent: Stadtw. Gen. Beeh-Karlsruhe.
Wühlbüsch: Mittags 3 Uhr im Saal des „Grünen Wirtel“. Referent: Stadtrat Jung-Karlsruhe.
Robersweier Amt Rehl: mittags 3 Uhr im „Grünen Wald“. Referent: Professor Gen. Sauer-Wären.
Durmersheim Amt Rastatt: mittags 3 Uhr in der „Bahnhof-Weil“. Referent: Gen. Seidel-Baden-Baden.
Oberweier Amt Rastatt: mittags halb 3 Uhr im „Girsch“. Referent: Gen. Wisja-Gaggenau.
Wolfsgraben: abends 8 Uhr in der „Linde“. Referent: Gen.-Sekr. Gen. Tomberg-Forzheim.
Essental bei B. Baden: mittags 3 Uhr im „Weinberg“. Ref.: Gen. Krauß-Karlsruhe.
Ebersting: mittags 3 Uhr im „Waldfrieden“. Referent: Stadtrat Gen. Sulzer-Bad. Baden.
Winden bei B. Baden: mittags 3 Uhr im „Rehstod“. Ref.: Stadtrat Gen. Eder-Baden.
Einighelm bei B. Baden: mittags 3 Uhr im „Ochsen“. Referent: Stadtw. Gen. Riedel-Baden.
Wundt bei B. Baden: mittags 3 Uhr im „Rehstod“. Referent: Stadtw. Gen. Winter-Baden.
Saurenstein bei B. Baden: mitt. 3 Uhr in der „Krone“. Referent: Stadtw. Gen. Deibel-Baden.

Montag, den 23. März:
Wüchensbrunn Amt Forzheim: abends 8 Uhr im Rathaus. Referent: Gen. Dr. Engler-Karlsruhe.
Mittwoch, den 25. März:
Sagsfeld: abends 8 Uhr im „Bahnhof“. Ref.: Schulinspektor Gen. Reinmuth-Karlsruhe.
 Die Genossen allerorts werden eruchtet, für diese Versammlungen fleißig zu agitieren. Die Flugblattverbreitung bietet hierzu eine besonders günstige Gelegenheit. Benützt die Versammlungen auch, um der Partei neue Mitglieder und der Parteipresse neue Leser zu gewinnen.
 Trinks, Parteisekretär.

Auf die Frage des Vorsitzenden an den Zeugen Wetterer wie so etwas ausgelassen werden konnte, erwiderte dieser, das alles sei nur zu verstehen, wenn man die persönlichen Verhältnisse innerhalb der ganzen Geschäftsführung an der Bank des rüchthältigen Zeugen sei dabei Einflüssen unterlegen, die laut Wetterer nicht gerechtfertigt waren. — Der Sachverhalt, das er habe jeden Posten ganz genau geprüft. Es sei unbestreitbar, die Voraussetzungen in solcher Höhe gerade an Sonnet geleistet werden konnten. — Der Angeklagte Wibel wendet sich in sehr heftigem Tone gegen den Zeugen Wetterer. Er (Wibel) habe festgestellt, daß in den Kassenbüchern rader und durchgeföhren wurde; er habe auch Rechnungen gefunden, die nicht gebüht waren.

Es kommt die durch Sonnet erfolgte Lieferung eines Generators für Holzversagungen zur Sprache. Sonnet, der von der Siedelungsbank zur Anschaffung eines solchen Generators beauftragt war, nannte einen Preis von 148 000 M. Es kam darüber zwischen Wetterer und Sonnet zu einer Einigung. In einem Briefe an Sonnet hat Wetterer um Zuführung der erforderlichen Unterlagen gebeten. Sonnet schrieb darauf seinem Bruder, er möge sich von der Firma Deut die Unterlagen besorgen und sich die Maschinen genau ansehen. Die von Deut genannten Preise wurden dann an die Siedelungsbank mitgeteilt. Im Laufe der Zeit waren Mehrforderungen notwendig. Sonnet teilte sich mit Deut in die Zufügung und lieferte für den Rest Holz an die Firma Deut. Von der Siedelungsbank verlangte Sonnet für die Anlage 206 000 M. Sodas eine Mehrforderung von 58 000 M. erwiesen ist, die Sonnet als Vergütung für seine Arbeit und das von ihm übernommene Risiko verlangte. (Vorsitzender Dr. Kurzmann wendet sich zum Zeugenraum mit den Worten: „Die Damen mögen das Oberglas wegschmeißen.“) (Vorsitzender Dr. Kurzmann wendet sich zum Zeugenraum mit den Worten: „Die Damen mögen das Oberglas wegschmeißen.“) (Vorsitzender Dr. Kurzmann wendet sich zum Zeugenraum mit den Worten: „Die Damen mögen das Oberglas wegschmeißen.“)

Als Gegenleistungen für die Holzlieferungen an die Firma Deut hat Sonnet der Siedelungsbank einen Saugagator an. Durch Zeitungsanzeigen machte er einen alten Motor ausfindig und ließ die alten Teile der Maschine von der Firma Deut durch neue ersetzen. Die Instandsetzungsarbeiten waren auf 25 000 M. veranschlagt, erhöhten sich aber auf 68 000 M. und wurden auf Rechnung Sonnets über 60 000 M. reduziert. Sonnet verlangte von der Siedelungsbank 168 000 M. Sachverf. Gehorjam wies nach, daß hier eine Mehrforderung von 20 000 M. vorliege, während Sachverf. Kunkel feststellte, daß Motoren damals schwer zu bekommen waren. Sonnet habe den Motor damals als Schrot gekauft und ihn reparieren lassen. Da er dabei ein Risiko übernommen habe, müßte ihm eine Risikoprämie zuzurechnen werden.

Als Hauptmaschine für das Starckes Sägewerk kaufte Sonnet eine Lokomotive zum Preise von 100 000 M. Sie wurde von der Firma Lanz geliefert und eingemauert. Sonnet verkaufte die Maschine an die Siedelungsbank für 147 000 M. In diesem Zuschlag leiten, wie sich der Angeklagte Sonnet äußerte, Instandsetzungsarbeiten und eine Vergütung für seine Arbeitsleistung eingerechnet. Der Sachverf. Gehorjam stellt fest, daß die Lokomotive erst nach Eingreifen der Monteur von Lanz in Betrieb gesetzt werden konnte. — Angeklagter Sonnet: Ich kannte den Zustand der Maschine nur aus dem Reifebuch, das war für mich maßgebend. — Sachverf. Gehorjam: Das ist nicht richtig. Die Reifeinspektion interessiert sich für den Zustand der übrigen Maschinenteile gar nicht. Sonnet kaufte die Lokomotive unangehen. Sachverf. Wibel hat festgestellt, daß die Maschine, als sie von Sonnet gekauft wurde, einen Wert von etwa 113 000 M. einschließlich Böhm repräsentierten.

Von der Firma Wagner in Berlin ließ sich Sonnet auf Bestellung der Siedelungsbank hin Holzwinden liefern in Höhe von rund 3900 M., die er mit einem Gewinn von rund 3000 M. an die Bank weiter verkaufte.
 Von der Firma Germer hatte Sonnet eine große und zwei kleine Sägen für 18 000 M. gekauft, die er mit 22 450 M. an die Siedelungsbank verkaufte. Eine ähnliche Preissteigerung hat Sonnet auch bei einer großen Kreisfräse vorgenommen, die er für 27 476 M. kaufte und wofür die Siedelungsbank 33 800 M. bezahlen mußte.

Auf die Frage des Vorsitzenden, wie dieser Gewinn zu erklären sei, antwortet der Angeklagte Sonnet, wie früher schon; Es liegt hier wieder einer der Fälle vor, in denen ich einen Sonderzuschlag einrechnen mußte.
 Die weitere Verhandlung erstreckt sich auf die Beratung der einzelnen Positionen, aus denen dem Angeklagten Sonnet der Vorwurf der Preissteigerung gemacht wurde. Es handelt sich um Antriebsmaschinen, Kupplungen usw. Sonnet verschaffte sich die einzelnen Teile und verkaufte sie mit Gewinn an die Siedelungsbank. Für eine Transmissionsanlage, deren Wert sich nach sachmännlichen Erhebungen auf 121 300 M. belief, hatte Sonnet sich von der Bank 224 000 M. bezahlen lassen; Sonnet gibt dazu an, eine vollständige neue Transmissionsanlage geliefert zu haben. Sachverf. Kunkel kann keinen Voranschlag über eine neue Transmissionsanlage machen. Weitere Forderungen bezogen sich auf Türbilder, bei denen es sich nach den vorliegenden Korrespondenzen um unverkäufliches Zeug gehandelt haben soll.

Auch der Angeklagte Deter erklärte, er habe sich gewundert, daß diese Türbilder angeschafft wurden, worauf Staatsanwalt Dr. Geißler bemerke, es war eine Schundware, für die es keinen Tagespreis gab. Rechtsanwält Dr. Wibrich: Auch für Schund gibt es Tagespreise. (Seiterteil.) Schließlich wurde noch eine Drahtgeflechtlieferung besprochen, bei der Sonnet 176 000 M. von der Bank forderte, während er 134 524 M. bezahlt hatte. — Um 1/2 Uhr wurde die Verhandlung abgebrochen. Samstag vormittags 8 Uhr: Vernehmung des Angeklagten Nagel. Montag keine Sitzung. Dienstag Beginn der Plaidoneers.

Sagenschieß-Prozess

14. Verhandlungstag

Nachdem der Donnerstag sitzungsfrei war, wurde Freitag vormittags 8 Uhr die Vernehmung des Angeklagten Sonnet fortgesetzt. Sachverf. Gehorjam, der zusammen mit dem Angeklagten Sonnet am Mittwoch nachmittags prüfte, ob die von Sonnet zum Bau der Bergbahn gelieferten Teile alt oder neu waren, gibt ein Gutachten ab und kommt zu der Feststellung, daß das Material zum geringsten Teil neu war. Für 1 Kg. Altmaterial sei der Preis von 6 M. angesetzt gewesen, für 1 Kg. Neumaterial der von 10 M. Unter 6000 Kg. Eisenstücken seien 3000 Kg. Altmaterial dabei gewesen. (Nähere Angaben aus den Ausführungen des Sachverständigen zu machen, ist für die Vertreter der Presse unmöglich, da die Ausführungen des Sachverständigen unternünftig waren.)
 In seinen Ausführungen erklärte der Sachverständige

Wibel, Sonnet sei dauernd im Vorhineil bei der Siedelungsbank gewesen. Auch der Zeuge Wetterer gibt an, daß Sonnet schon lange, bevor die Stille gelieft waren, seine Lieferungen bezahlt bekam. Der Angeklagte Wibel habe sich auch hierin immer als Vertreter Sonnets aufgespielt. Der Angeklagte Sonnet verwarf sich dagegen, daß er sich als Bankier geföhlt habe, nur bei dem Brennstoßgeschäft hätte er diese Rolle spielen müssen. Er habe dabei aber Verluste erlitten; über die Höhe seiner Verluste wolle er sich ausshweigen. — Der Vorsitzende gibt Sonnet den Rat, keine Geheimnisse walten zu lassen.
 Sodann kommt der Sachverf. Wibel auf ein Kassenbuch zu sprechen, das fingiert war. Sonnet habe dieses Buch zum Zweck der Untersuchung anfertigen lassen. — Staatsanwalt Dr. Geißler bittet, den Untersuchungsrichter über diesen Punkt zu vernehmen. Der Angeklagte Sonnet kelle die Anfertigung eines fingierten Kassenbuchs nicht in Abrede. Bei der Liquidation sei Sonnet mit 500 000 M. im Vorhineil gewesen.

Tabletten herborragend
 beruht auf
Togal **Gicht,** **Reuma,** **Ischias,** **Sehenschub,** **Nerven- und** **Kopfschmerzen**
 Togal stillt die Schmerzen und scheidet die Säure aus.
 Tragen Sie Ihren Arzt — In allen Apotheken erhältlich.
 Best. 12.000 Lit. 0,46% Chinin 74.3% Acid. acetic. valio. ad 100 Amylum

MAGGI Würze hilft in der Küche sparen.
 Dünne Suppen und Fleischbrühe, Gemüse und Soßen erhalten sofort kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen Maggi's Würze.
 Die Maggi-Gesellschaft hat ihre Erzeugnisse der Kontrolle des Direktors des hygienischen Instituts der Kaiser-Wilhelms-Universität, Geheimrat Professor Dr. Martin Schub, unterstellt.
 Vorteilhaftester Bezug in großen Originalflaschen
 31 N. W. 6. —

Unterhaltung und Belehrung

Rain

Eine Erzählung aus dem großen Bauernkrieg
von Bruno Schönfelder

(Fortsetzung)

„Das dir's schmeden, Herzele“, sagte die Mutter zu ihrem Kinde, das warm eingepackt auf seinem Lager neben dem Herdfeuer lag, indem sie Haterbrot in einen Napf schüttete, ihn zum Verkühen mit dem Löffel umrührte und das Kind auf den Schoß nahm, „komm, versuch mal, er schmedt gut.“

Mutter und Kind waren allein in dem ziemlich großen Raum, der durch das flackernde Herdfeuer nur mäßig erleuchtet wurde, so daß die Ecken in dümmernem Dunkel verblieben. Bei dem ungewissen Schein und dem abwechselnden Hell Dunkel waren beide nur undeutlich zu erkennen. Die Mutter schien noch jung zu sein, machte aber einen müden, krankhaften Eindruck, und Gluck lag nicht auf ihrem Antlitz. Das etwa vier Jahre alte Kind war sicher schwer krank, denn ängstlich blickte die Mutter auf das sorglich eingewickelte Kleine, das gar keine Anhalten zum Essen machte, sondern matt den Kopf abwandte. Die Mutter begann aufs neue: „Das dir's schmeden, Schätzle, versuch einmal, der Brei ist fein süß, ich hab Milch und Honig drangehen, versuch's nur. Gud, ich esse auch mit.“ Dabei nippte sie von dem Löffel und hielt ihn dem Kinde an die Lippen.

Dieses wandte aber das Gesicht erneut ab und sagte weinerlich: „Mariele hat keinen Hunger, Mariele will nicht essen, ist müd, so arg müd, will schlafen.“

„Willst du gar nichts essen, Kinde? Willst du vielleicht ein paar Hühler haben, die so fein schmeden?“

„Mariele will keine Hühler, will nichts essen, hat keinen Hunger“, wiederholte die Kleine und legte das Köpfchen müde an der Mutter Brust. „Mariele will schlafen und mit Engeln vom Himmel spielen; die kommen immer, das ist so fein. Grad waren sie wieder da und haben mir gewinkt. Mariele will auch ein Engel werden, will mit in den Himmel fliegen und spielen. Gest, Mutterle, geht auch mit?“ Matt vor Anstrengung schloß das Kind die Augen.

„Mädel, schwätz nicht so vom Himmel und den Engeln“, fluchte die Mutter. „Was soll dein Mutterle anfangen, und die Großmutter, und der Großvater, wenn du fortfliehst. Sei gut und ih, damit du gesund bist, wenn es jetzt Frühling wird. Dann blühen die Blümlein auf Wiese und Hang, dann scheint die Sonne wieder warm vom dem blauen Himmel, und du kannst spielen, soviel du willst, und brauchst keine Engeln dazu.“

Das Kind schüttelte als Antwort nur langsam den Kopf, so daß sich das hellblonde, unter dem Tuch vorlugende Haareringel kaum bewegte. Dabei erschrak er ein schwerer Husten den armen Körper, und wie in Schmerzen griffen die Händchen nach der Brust. Das blaße Gesichtchen wurde feuerrot und die Augen leuchteten in fieberlichem Glanz. Nun schloß es die müden Lider, aber gleich schrie es wieder auf und rief ängstlich: „Die Engeln sind nicht mehr da, alles ist dunkel und schwarz, ganz, ganz schwarz. Mutterle, ich fürcht mich — Mutterle, wo bist denn?“ und suchte zitternd nach der Hand der Bäuerin, um sie dann krampfhaft mit seinen dünnen Fingern zu umklammern.

„Brauchst keine Angst haben, die Mutter ist da, schlaf ruhig, Kinde“, tröstete diese. „Schlaf dich gesund, Mutter bleibt bei dir. Trink aber wenigstens noch ein klein wenig, daß du nicht wieder husten mußt.“ Damit gab sie ihm ein paar Löffelchen von dem auf dem Tisch stehenden Tranke, was dem Kinde wohlzutun schien.

„Nicht fortgehen, Mutterle, nicht fortgehen. Es ist so dunkel und schwarz, die Engeln kommen nicht wieder, laß mich ganz allein“, bettelte das Kind ängstlich. „Nicht fortgehen, nicht allein lassen, Mariele hat so Angst“, wiederholte es immer wieder.

„Mutter bleibt da und geht nicht fort“, sagte freundlich die Bäuerin und gab der Kleinen einen leisen Kuss auf die Stirn, legte sie behutsam auf das Lager und nahm die zuckende Hand etwas fester in die ihre, worauf sich das Kind beruhigte. Dann setzte sie sich neben das Lager und sah träumend und sinnend in das Herdfeuer.

Draußen tobte der Frühlingsturm gewaltig und piff und heulte in sieghaftem Hebelmut; es galt ja, den Winter zu vertreiben. Manchmal schien es fast, als wollte er das Dach des Hauses abdecken, dann stöhnte und ächzte das Gebälk fast menschlich; und bald darauf schlug er so zum Raufgang hinein, daß das Herdfeuer niedergedrückt wurde und die Funken weit im Raume umherprälten. Dann lohten die Flammen um so höher und stehen einen behäbigen Wohlstand erkennen, der auf den Dörfern nicht häufig zu finden war. Dafür hatte die Bäuerin jedoch kein Auge, vielmehr starrte sie fast unablässig in das flackernde Feuer, als suche sie in dessen Wechselspiel Antwort auf stumme Fragen; zwischendurch blickte sie ängstlich und bang auf das unruhig schlummernde Kind, wenn der fieberige Atem auszuweichen drohte oder die Händchen besonders stark zuckten. Bisweilen irrten ihre Blicke gleichsam erschrocken in das Dunkel der Stube, wenn sich die Flammen in dem blanken Metall der diesen Waffen widerspiegelten, die herumlagen und herumgingen. Dies Gewissen wollte in seiner Menge und Mannigfaltigkeit durchaus nicht in das Bauernhaus passen, denn die Stube glich fast mehr der Werkstatt oder der Niederlage eines vielbeschäftigten Waffenschmiedes als dem Wohnraum eines Gebirgsbauern.

Was hatten diese Waffen, diese Sturmhäuben, Speere, Schwerte und Handrohre zu bedeuten? Weshalb war so viel Pulver und Blei im Hause? Warum brachte der Bauer schon den ganzen Winter über immer neue Waffen

mit? Nur die besten waren in der Stube untergebracht, und es waren übrig genug, um sämtliche Männer des Weilers auszurüsten. Weshalb war er so selten daheim, und weshalb war er noch rastloser, noch geschäftiger als früher? Ihr konnte es eigentlich gleichgültig sein, denn er handelte doch nur nach seinem Ermessen und würde ihre Fragen nicht beantworten. Warum kamen und gingen soviel Boten mit geheimnisvollen Schreiben und Losungen, als gehörten sie der Gemeine? Warum kamen trotz des schlechten Winterwetters so häufig fremde Menschen, die dann tagelang blieben und im geheimen ratschlagten, während in früheren Jahren sich nur selten jemand hätte blicken lassen? Geheimnisse gingen von Hand zu Hand, Geheimnisse von Mund zu Mund, Unheimliches wurde geplant. Auch das Lächeln sie fast, mochten die Männer vorhaben, was sie wollten. Was ging ihr Tun die Frauen an? Bauernfrauen haben zu schweigen! Wohl hatte sie ihren Bruder, der als Knecht im Hause war, getraut, doch er wußte nichts, obwohl auch er manchmal Botengänge machte, oder leugnete es. Selbst die Mutter wußte nichts Genaues; sie hatte nur kurz geantwortet: „Sie planen Allerhand, der Vater ist aber zu alt und hat nichts damit zu tun. Sonst geht es uns nichts an, es macht uns höchstens die Herzen schwer.“

Es war etwas im Werke, das war klar; aber was? Unruhe war im Lande, sie zog von Dorf zu Dorf, von Weiler zu Weiler, von Haus zu Haus, und wurde mit jedem Tage größer; je mehr die Tage wuchsen, desto wilder ward die Unruhe, die die Männer verzehrte; wie ein Feuer fraß es in ihnen. Und ihr Mann war nicht nur dabei, sondern an der Spitze, dazu kannte sie ihn zu gut. Seinem lebensfrohen Sinn waren solche Zeitsläufe gerade recht, denn er mußte überall dabei sein, nur so fühlte er sich wohl, ohne nach Ausgang und Ende zu fragen. — Warum also lange darüber nachdenken, warum sorgen und finnen? Sie erfuhr doch nichts früher, als er wollte. Sie war wirklich töricht, so da zu sitzen und zu überlegen. Trostend grübelte sie weiter und versank dabei in träumenden Schlaf, aus dem sie nur emporfuhr, wenn sich das Kind heftiger bewegte oder besonders laut hustete. Dann schloß sie ihm ein paar Tropfen des Tranke ein, verschmeckte wohl auch eine Fliege oder legte ein paar Scheite Holz auf das Feuer. Sonst war tiefe, friedliche Stille im Haus, nur ab und zu tobte der Wind am Gehäuf oder sprang knirschend ein Franken vom Feuer.

So verging die Zeit. Plötzlich schrien Mutter und Kind zusammen, die Tür wurde aufgerissen und schlug, vom Wind gepackt, mit lautem Knall wieder zu. Die Magd brachte die spärlige Abendmilch. Mittelnig sah sie auf Mutter und Kind. „Wie geht's dem Mariele“, fragte sie. „Seute nachmittag war es recht vergnügt, daß ich gemeint hab, es macht sich wieder. Und jetzt schlaft es und hat rote Wangen wie die Hagebutten. Ich denk, es wird bald gesund werden, wenn erst der Sturm den Winter vertrieben hat und es wieder besseres Wetter gibt. Seute ist's richtig warm draußen!“

(Fortsetzung folgt.)

Luftiger Schulweg

Die Jugendschriftleiterin Helene Rages ist eine Sonnenpensive. Ihre „Mami-Bücher“ sind in vieler Hand. Heute bringen wir aus dem Bälchen „Mutter Kanni und ihre Kinder“ (Herder, Freiburg i. Br.; geb. G.M. 3.—) eine hunderlei Unterhaltung, die der Dichter noch mehr Herzen schlagen lassen mögen.

Mutter Kannis Kinder hatten einen luftigen Schulweg. Von der Dausbüche ging es gleich bergab bis zur Brücke. Es war ein lüchliches Stück, aber den Kindern wäre es sonderbar vorgekommen, wenn sie es gemächlich Schritt für Schritt hätten machen müssen. Es ging ihnen wie dem Nachfolger, der im Schutz ist in einem Hü durch wie der Wind. Von der Brücke an stieg man dann gemächlich bergauf.

Auf dem Himmweg war es eben: von den Heden vor dem Dorfe bis zur Brücke abwärts hin, und dann Bergauf. Anna mühte sich um Bergheimnüt oder Margretenhuten, Heinrich, Franz und Lene legten sich über die Brückenmauer und spähten in dem Bachhümpel nach Forellen, lachten über die Wasserpfützen, die Schlitzhühler ließen, oder warfen kleine Steine ins Wasser und sahen zu, wie sich Kreis um Kreis schloß.

Im Sommer zogen sie manchmal Schuhe und Strümpfe aus, waten im Bach und griffen unter Steine und Würzeln nach Krebsen.

Im Winter probierten sie, wie fest das Wasser zugefroren war, und brachen Eistüde vom Herdand. . . .

Manchmal fand man auf dem Schulweg ein Herdhaar. Solcher Fund konnte dem Lehrer zum Verdruß werden. Die Schiefertafeln lagen vorschriftsmäßig, die Köpfe waren darüber geneigt, nichts war zu hören als das leise Schaben der scharfenden Geißel. Da, plötzlich: Rangg! Rangg!

Der Lehrer fährt auf. „Was war das?“

„Latenstille, und alle Augen in des Lehrers Augen. Aber irgendwas ein leises, leises, heimliches Greifen nach dem Geißel, der aufrecht im Tafelloch steckte, nach dem Herdhaar, das daran festgebunden war.“

Wie es auf, lieber, alter Mann, deine Augen entdecken nicht den Schaden und nicht die Seite, deren Ton den Kindern so frühlich durch die eintönigen Frempl führt. —

Einnmal hatte Heinrich eine arge Dummheit gemacht. Freund jemand brachte ihn vom Johannisfest ein Quietschinstrument mit, sonderbar, wie man bis dahin noch keines gesehen hatte. In einem hölzernen Rundstück hing ein schlaffer Gummibbeutel. Wies man in das Rundstück, straffte sich dieser Beutel und wuchs zu einem Dickopf mit einer föhlichen Krabe: hörte man auf mit Wajen, gab es einen kläglichem Ton, als ob ein Kind weine; der dicke Kopf wadelte, gitterte, schrumpte zusammen und knif Augen, Mund und Nase ein. Die Krabe sah zum Totkuchen aus und schrie jämmerlich: Wähweh! Wähweh! . . .

„Klein, solch eine Werknütigkeit! Was würde Kirchenhöfens Anton, der Schmiltkames, Lehmlers Joseph, Wofje Pitt und Werholomäe Krollen dazu sagen?“

Selbstverständlich mußte es mit zur Schule. Lehrer Ketti war schon im Schulsaal, als Heinrich eintrat, schade, nun war keine Verführung vor der Unterrichtsunde möglich.

Die Kleinen schrieben. Die Großen lasen ein Stück von der Heuerne. Als das Stück zum vierzermal von vorn angefangen wurde, griff Heinrich wie von ungefähr in seine Tasche, holte das Mädelchen, stieß Kirchenhöfens Anton in die Seite und zeigte es ihm unter der Waut.

Anton wußte sich das glückliche, fältige Ding nicht zu denken: „Ist's ein Tafelläppchen?“

Da warf Heinrich einen Blick auf den Lehrer, alles schien sicher, und so blies er, blies!

Ja, nun staunte Anton und sah auf den Dickkopf wie ein Kalb auf eine neue Stalltür.

„Nerst du nun endlich was?“ wollte Heinrich flüstern, aber der Anton stockte ihm, und er wurde bleich vor Schrecken: Wähweh! Wähweh!

Wie ist es möglich, daß sich siebenundsechzig Köpfe auf einmal so schnell und eben können, siebenundsechzig Mäuler offen stehen und ein Lehrer nur drei Sätze braucht von seinem Bult bis zur obersten Pant?

Heinrich hielt den Daumen krampfhaft auf die Oeffnung des Mundstückes gepreßt. Wäre eine Maus über die Dielen gelaufen, man hätte sie gehört.

„Was hast du, Junge?“

Heinrich hielt den Quetscher in die Höhe, und als der Lehrer danach griff: Wähweh! Wähweh!

„Klein, so etwas hatte auch der Lehrer — und er war doch schon so alt — noch nie gesehen und gehört. Wähweh! Wähweh! Wähweh! Wähweh! — h — h — pf, und dann hing der Dickkopf verkrümpt und fältig am toten Holzröhlein.“

Nun regte sich im Lehrer der Forscher.

„Man muß hineinbläsen“, half Heinrich nach.

Der Lehrer blies und ließ den Dickkopf wachsen und wieder jammerlich absterben.

Man kann sich vorstellen, wie alle Kinder nur noch Augen und Ohren waren.

Ja, es war eine höchst komische Sache. Bei jedem neuen Versuch hüllte sich Lehrer Ketti Gesicht mehr und mehr auf; sein vierennat lächelte er vergnügt, und Heinrich warf den letzten Rest von Furcht vor Strafe aus seiner Herzkammer.

Der Dickkopf wuchs und wuchs, er machte seinen Mund breit bis an die Ohren, er rollte die Augen wie Räder — mehr durfte man nicht von ihm verlangen. Aber der Lehrer hatte die Paden noch voll, und er bohrte seine Augen in die Räderaugen: Wähweh! Wähweh!

„Kno! — der Dickkopf war geplakt.“

„Wah! — hatte Heinrich eine Ohrfeige sitzen.“

„Wer hat dir erlaubt, solche Spielerei mit in die Schule zu bringen und damit zu hören?“

Dies alles war überstehend gekommen, schneller, als man es erzählen kann, aber was dann kam, war noch überstehender: der Gelehrte griff nach Buch und Wäse und stürmte am Lehrer vorbei zur Türe hinaus, heim . . .

Theater und Musik

Badisches Landes theater

Intermezzo. Für Hof. Marie Fanz, die immer noch beherrenschwerer erkannt ist, wurde Via v. Kartungen vom Dortmunder Stadttheater gebeten, die Rolle als Christine durchzuführen. Man hätte wohl daran getan, wenn hier f. H. die Rolle der Christine zweifach besetzt worden wäre. Unsere „Zwischenfachsängerin“ konnte für diese Partie in Frage kommen. Hof. Siebert scheint in letzter Zeit nun auch öfters indisponiert zu sein, ihrer Stimme kommt anscheinend das hiesige Klimate nicht gut und so steht die Opernleitung gegenwärtig vor schwer zu lösenden Rätseln. Es gibt zur Zeit genügend gute Sängerrinnen, die für diese Fächer mit einem reich besetzten Repertoire zur Verfügung stehen. Eine weitere Kraft ist nicht so leicht zu finden, dieses andauernde Ausschleifen, das dem Ansehen unserer Oper schadet und das Niveau der Vorstellung nicht immer günstig beeinflusst. Via v. Kartungen ist eine Darstellerin mit guten Qualitäten, sie hat viel Geschmack in der Entfaltung ihrer Kostüme gezeigt, die, wenn auch nicht allererste Mode waren, so doch nahe an deren Grenze sich hielten. Das Stimmaterial war etwas verschleiert und die Vertrautheit der Partitur ließ manches zu wünschen übrig. Die Verbesserung des Gesanges war etwas zu grob, so daß auf Effekte verzichtet, es fehlte der warmherzige Interion.

Badisches Landes theater Karlsruhe

Spielplan für 21. bis 31. März 1925

3. im Landes theater:

Sams tag, 21. März. * Th. Gem. 2501—2700. „Minna von Barnhelm oder das Soldatengeld“. 7—10 Uhr. (4.80.)

Sonntag, 22. März. * Th. Gem. 1. Sond. Gr. und 4501—4600. Unter musikal. Leitung des Kapellm. Dr. Helms Knoll von der Staatsoper in Dresden a. G. a. A. „Carmen“. 6 bis 10 Uhr. (8.—)

Montag, 23. März. Volksh. 7. „Der böse Geist Lumpaciogabundus oder das lieberliche Aechblatt“. 7—10. (4.80.) Der 4. Rang ist zum Verkauf für das allgemeine Publikum freigegeben.

Dienstag, 24. März. * D 19, Th. Gem. 4001—4500. Neuankündert: „Maurer und Schloffer“, Oper von Huber. 7 bis a. 9½ Uhr. (7.—)

Mittwoch, 25. März. * Volksh. 7. „Minna von Barnhelm oder das Soldatengeld“. 7—9½ Uhr. (4.80.)

Donnerstag, 26. März. * G. 10; Th. G. 5001—5600. „Maurer und Schloffer“. 7 bis a. 10 Uhr. (7.—)

Freitag, 27. März. * E. 19, Th. G. 3401—3700. 4801—5000. „Bühnen Tell“. 6½ bis n. 9½ Uhr. (4.80.)

Sams tag, 28. März. * B. 20; Th. G. 2701—3000. 6101—6200. 6401—6500. „Der arme Ketter“. 7—10 Uhr. (4.80.)

Sonntag, 29. März. * A 19; Th. G. 5601—6100. „Boccaccio“. 7—10 Uhr. (8.—)

Montag, 30. März. Volksh. 7. „Der böse Geist Lumpaciogabundus oder das lieberliche Aechblatt“. 7—10 Uhr. (4.80.) Der 4. Rang ist zum Verkauf für das allgemeine Publikum freigegeben.

Dienstag, 31. März. Th. G. 2 u. 3. Sond. Gr. 9. Einfontentiert des Bad. Landes theater. Direktors unter Mitwirkung der Niederhalle Karlsruhe. Soffin: Kommissarin Luise Miller-München. Staatsoper. Leitung: Staatskapellmeister Alfred Lorenk. Worte von Schumann, Bruch, Rietz, Brahms und Liszt. 7½—9½ Uhr. (4.50.)

3. im Konzerthaus:

Sonntag, 22. März. * „Die Schmettlinaschlacht“. 7 bis ca. 10 Uhr. (3.80.)

Sonntag, 29. März. * „Der wahre Jacob“. 7 bis n. 9 Uhr. (3.80.)

Vorrecht für Umtausch der Vorkurskarten und Vorlaufsrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorkurskarten am Samstag, 21. März, nachm. ¼—5 Uhr; allgemeiner Vorkursverkauf und weiterer Umtausch von Montag, 23. März an. Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Th. G. jeweils am Freitag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9—1 und 4—6 Uhr).

Eine Schuldebatte im Badischen Landtag

Ein Vorstoß der Bürgerlichen gegen die Gehälter der Gemeindebeamten — Fortschrittliche Forderung des Schulgesetzes — Ein rücksichtlicher Antrag des Zentrums von allen Parteien abgelehnt — Errichtung eines Reichs-Tabakinstituts — Kreditwünsche der Landwirtschaftskammer — Anträge der Sozialdemokraten für die abgeanteten Angestellten

26. Sitzung

h. w. Karlsruhe, 20. März.

Der erste Gegenstand der Beratung bildet Beschlußfassung über eine Verordnung des Justizministers vom 20. Januar 1925 über Änderung des Kostengesetzes. — Berichterstatter ist Abg. Schneider-Heidelberg. Es handelt sich um Änderung verschiedener Gebührensätze. — Das Haus nimmt von der Verordnung Kenntnis.

Gegen die „hohen“ Gehälter der Gemeindebeamten

Über die Eingabe von 17 Gemeindeverwaltungen des Amtsbezirks Kirchheim, die verlangen, der Landtag solle Abhilfe gegen die „ungerechtfertigt hohen“ Gehälter der Gemeindebeamten schaffen, erhebt Abg. Reichmann den Ausschußbericht. Ueber den Gang der Beratung im Reichschießegericht haben wir bereits berichtet. Der Ausschuß beantragt mit 13 gegen 5 (sozialdemokratische) Stimmen:

„Die Eingabe wird der Regierung zur Kenntnisnahme in folgendem Sinne überwiesen:

„Die Regierung möge prüfen, ob auf Grund der bisherigen Wahrnehmungen ein Anlaß vorliegt, im Sinne der vorliegenden Eingabe eine Änderung der bestehenden Gesetzgebung herbeizuführen und für die Schlichtungszustände Mittel im Anschluß an die vom Reichschießegericht aufgestellten Grundätze herauszugeben.“

In der Aussprache stellt

Abg. Graf (Soz.)

fest, daß die Unterzeichner der Eingabe der 17 Gemeinden nicht im Namen der Einwohner der Gemeinden sprechen dürfen. Es ist lediglich eine Aktion eines Einzelnen, eines Zimmermeisters von Huchensfeld. Die Aktion kann nicht im Namen der Gemeinde sprechen. Sozialdemokratische Gemeindebeamte sind an der Aktion nicht beteiligt. Die Gemeinde Erlangen hatte vor dem Abg. einen Bürgermeister und zwei Ratsschreiber, heute einen Bürgermeister und einen Ratsschreiber. Sie hatten damals neben Gehalt auch Gebühren; heute fließen die Gebühren in die Gemeindefinanz. Vor dem Abg. waren die Bürgermeister mitternachts bezahlt. Es war einem inoffiziellen Arbeiter nicht möglich, Bürgermeister zu werden. Es darf nicht mehr so sein, daß da, wo der größte Dünghaufen liegt, der Bürgermeister wohnt. Ueber die Höhe des Reichschießegerichts geht das Gesetz bei den Bürgermeistern im Amtsbezirk Kirchheim nicht hinaus. Die Eingabe der Gemeinde verdient nur eine Antwort: Uebergang zur Tagesordnung (Votum bei der Soz.).

Abg. Schmidt-Bretten (Dnt.) beruft sich zu beweisen, daß unter den Unterzeichnern der Eingabe sich auch Sozialdemokraten befinden. Ueber die Eingabe selbst mußte er nichts zu sagen. — Abg. Seubert (Z.) teilt mit, daß ihm aus dem ganzen Lande Klagen über ungebührliche Bezahlung der Gemeindebeamten zugegangen seien. Im übrigen befragt er den Antrag des Ausschusses. — Abg. Fischer-Weissenheim (Landb.) erteilt dem Abg. Schmidt-Bretten, sonst seinem besten Freund, einen kräftigen Nasenstöß, weil Schmidt eine Bemerkung über seinen Gehalt als Bürgermeister verallgemeinert habe; er werde sich hüten, nochmals eine Auskunft zu geben. (Herr Schmidt hat dauernd Wech.) Im weiteren meint der Redner, daß da und dort Mißstände bestehen, es müsse aber berücksichtigt werden, daß die Arbeit der Gemeindebeamten eine größere ist. Von einem Minderbemittelten könne man nicht verlangen, umsonst zu arbeiten. — Frau Abg. Unger (Komm.) tritt für Uebergang zur Tagesordnung ein.

Abg. Graf (Soz.) stellt fest, daß die dem Abg. Schmidt angegebenen Namen von angeblichen Sozialdemokraten, die die Eingabe unterzeichnet haben sollen, nicht als Sozialdemokraten zu bezeichnen sind. In Huchensfeld besteht keine sozialdemokratische Parteiorganisation, also kann es auch keine sozialdemokratische Gemeindebehörde geben. Im übrigen ist ja die Eingabe der Gemeinde durch den Herrn Abg. Schmidt-Bretten veranlaßt worden. — Abg. Albieß (Z.) befragt den Ausschußantrag.

Ein erneut eingegangener Antrag der sozialdemokratischen Fraktion verlangt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Kaufsch (Soz.)

begründet diesen Antrag. Einzelfälle über ein etwa so großes Gehalt von Gemeindebeamten sind in der Debatte bis jetzt nicht vorgebracht worden. Wenn die Beamten jetzt angemessener bezahlt werden, so wird nur ein früheres großes Unrecht gut gemacht. Der weit überwiegende Teil der Streitfälle in der Gemeinde ist schließlich friedlich beigelegt worden. Die Bemerkung des Abg. Seubert, daß überall über die hohen Gehälter geklagt wurde, ist deshalb unverständlich. Der wahre Grund der Sache ist, daß hier eine Anregung des Reichslandbundes gegen die Gehälter der Gemeindebeamten, verwirklicht werden soll. Die ganze Bewegung der 17 Gemeinden geht darauf hinaus, die Schlichtungsausschüsse zu befechtigen. Herr Abg. Schmidt hat im Ausschuß von einer sozialdemokratischen Konferenz gesprochen; auf unseren Protest hin hat er dann seine Behauptung abgeschwächt. Herr Abg. Schmidt steht hinter der Eingabe. Wenn Sozialdemokraten unter den Einzelnehmern der Eingabe sind, so sei festgestellt, daß für uns nur Sozialdemokraten als maßgebend sind, die auch Mitglieder der Partei sind, und selbst, wenn dies der Fall wäre, ist auch ein eingeschriebener Sozialdemokrat nicht vor einem Ratsschreiber oder einer Dummheit sicher. In der Bezahlung muß ein gewisser Ausgleich gegenüber der Arbeit, der Kritik, der die Beamten ausgesetzt sind, geschaffen werden. In Bergheim hat man das Gehalt der Gemeindebeamten um 10 Prozent gekürzt, in Walsch sogar um 20 Prozent — auf Dörfern des Landbundes —; die Gemeindebeamten haben solche Kürzungen hingenommen. Wir beantragen Uebergang zur Tagesordnung, weil Feinheit der Unterlegen zum Beweis der Behauptung beigebracht wurden (Votum bei der Soz.).

Abg. v. Au (Landb.) will partout die Gemeindevertreter von Huchensfeld zu Sozialdemokraten machen. Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Schmidt-Bretten (Dnt.), Dr. Kullmann (Soz.), der die Eingabe als einen reaktionären Vorstoß bezeichnet, Dr. Glöckner (Dem.) und Seubert (Z.) ist endlich die Debatte erschöpft. — Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt; der Ausschußantrag wird angenommen.

Die Vereinigung der Gemeinde Aniebis mit der Gemeinde Nippoldsdau

In einer Eingabe der Gemeinde Nippoldsdau wendet sich diese Gemeinde gegen die Eingabe von Aniebis. Der Ausschuß des Landtags, Berichterstatter Abg. Fiegelmeier-Oberkirch, beantragt empfehlende Ueberweisung an die Regierung. — Diefem Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten zugestimmt.

Ein Gesuch des Stadtsekretärs Th. Westmann in Mannheim um Erlassung einer Sporel wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Schulvorlagen

Zwei Gesetzentwürfe der Regierung befassen sich mit Änderungen des Schulgesetzes. Der erste Gesetzentwurf schlägt eine Änderung des Gesetzes vom 23. März 1923 über den Aufwand für die Volksschulen vor, dahingehend, daß folgende Fassung vorschlagen wird:

„Sind an der Volksschule einer Gemeinde Lehrerstellen in größerer Zahl, als nach § 26 des Schulgesetzes vom 7. Juli 1910 notwendig, errichtet, so hat die Berechnung des nach § 28 des Steuerverteilungsgesetzes vom 4. August 1921 von der Staatskasse zu übernehmenden gesetzlichen Aufwandes bei Aufrechterhaltung des Bestandes sämtlicher am 1. Januar 1925 errichteter Lehrerstellen bis auf weiteres in der Weise zu erfolgen, daß auf einen nach § 26 des Schulgesetzes vom 7. Juli 1910 anstehenden Lehrer nicht mehr als 5 5/8 Schüler und auf eine ausschließlich für Unterricht in weiblichen Handarbeiten bestimmte Lehrerin (SS 53 und folgende des Schulgesetzes) nicht mehr als 250 Schülerinnen kommen.“

Der zweite Gesetzentwurf schlägt eine Änderung der §§ 27 und 28 des Schulgesetzes vom 7. Juli 1910 vor. Das Verhältnis von Stellen für Hauptlehrer und Unterlehrer soll so geregelt werden, daß an Volksschulen mit 2-6 Lehrerstellen eine, mit 7-13 Lehrerstellen zwei, mit 14-20 Lehrerstellen vier Stellen mit Unterlehrer zu belegen sind. Beträgt die Zahl der Schulkinder dauernd mehr als 120 oder 180, so sind zwei bzw. drei Hauptlehrer anzustellen. — Weiter wird vorgeschlagen:

„Werden an der Volksschule einer Gemeinde Lehrerstellen in größerer als der gesetzlich vorgezeichneten Zahl errichtet, so dürfen von diesen überschüssigen Stellen, wenn deren Zahl 1 bis 5 beträgt, eine, wenn sie 6 bis 10 beträgt, zwei, wenn sie 11 bis 15 beträgt, drei Stellen usw. mit Unterlehrern besetzt werden.“

Wenn an einer von Schülern verschiedener Konfessionen besuchten Volksschule infolge des Schülerüberflusses die einzelne mit einem Lehrer des Bekenntnisses der Minderheit besetzte Lehrerstelle in Wegfall zu kommen hat und eine Ausbittelfunktion in Erteilung des Religionsunterrichts an die Kinder dieses Bekenntnisses durch einen benachbarten Lehrer nicht möglich ist, soll die Stelle, sofern der Schülerüberfluß nur vorübergehend ist, einstweilen aufrecht erhalten bleiben.

Won infolge des Personalabbaus eine Lehrerstelle der in vorstehendem Absatz bezeichneten Art aufgehoben wurde, ist dieselbe wieder zu errichten.

Das Zentrum beantragt zu letzterem Absatz einen Zusatz, daß, wenn an einer Schule infolge Austritts eines Lehrers aus einer Religionsgemeinschaft, in der er bisher Religionsunterricht erteilt hat, oder infolge seiner Erkrankung, der Religionsunterricht fürderhin nicht mehr geben zu wollen, die Erteilung des Religionsunterrichts im lehrplanmäßigen Umfang erschwert wird, der betreffende Lehrer auf Antrag der Ortschulbehörde zu ersetzen ist. — Den Ausschußbericht erstattet Abg. Dr. Glöckner, zunächst über den zweiten Gesetzentwurf.

Abg. Föhr (Ztr.) stimmt beiden Gesetzentwürfen zu und begründet obigen Zentrumsantrag. Der Religionsunterricht sei nach der Reichsverfassung ordentlicher Unterrichtsgegenstand und deshalb sei auch für die Durchführung des Unterrichts zu sorgen. Eine Verletzung der Lehrrechte liege nicht im Sinne des Antrages. Die Anrufung des Staatsgerichtshofes fürchte das Zentrum nicht. Wir wollen der Ausbittlung des christlichen Charakters der badischen Simultanschule entgegenstehen. Die Regierung war sehr langsam, um in vertriebenen Gemeinden Ordnung zu schaffen. Die Zahl der Lehrer, die die Erteilung des Religionsunterrichts verweigern, ist gering; jedes Jahr bringt eine Zahl neuer Fälle. Wir führen den Kampf ums Recht. — Bitter beklagt sich Herr Föhr und stellt mit „liebem Schmerz“ fest, daß der Landbund und die Deutschnationalen diesmal nicht mitmachen, und das Zentrum verlassen haben. Wenn es soweit ist, könnte die Stunde für die badische Simultanschule schlagen haben. Wenn es so weiter geht, werde sich das Zentrum überlegen, ob es sein Eintreten für die badische Schulgesetzgebung noch rechtfertigen könne, oder nicht die reichsrechtliche Regelung vorziehen solle. — Abg. Glöckner erteilt nun zwischenzeitlich auch noch den Ausschußbericht über den ersten Gesetzentwurf.

Das Zentrum beantragt namentliche Abstimmung über den Zusatzantrag und über das Schulgesetz.

Abg. Dr. Wauer-Karlsruhe (Dnt.) berührt den Fortschritt, der in der Verwirklichung der Gesetzentwürfe liegt

Den Zusatzantrag des Zentrums lehnt die deutschnationale Fraktion ab; er scheint zu scheitern. Man darf nicht einen ganzen Stand den Religionsunterricht ablehnen, disqualifiziert wird. Man muß sehen, Abhilfe auf dem Wege der Verwaltung zu schaffen. Diesen Weg hat auch die Regierung vorgeschlagen und wir glauben, daß die Regierung auch auf dem Verwaltungswege Abhilfe schaffen wird. — Abg. Weber (Dnt.) wendet sich ebenfalls gegen den Antrag des Zentrums. Es handelt sich um Dinge, die tiefer menschlich liegen, als daß sie integrativ durch einen Gesetzesbefehl geändert werden könnten. Man muß auch dem Lehrer uneingeschränkt seine Rechte lassen.

Abg. Haebler (Soz.)

betont, daß beide Gesetzentwürfe für das badische Volkswesen einen Fortschritt bedeuten. Zu dem Antrag des Zentrums gibt der Redner folgende Erklärung namens der sozialdemokratischen Fraktion ab:

Die sozialdem. Fraktion ist der Auffassung, daß zu einer Änderung des Schulgesetzes im Sinne des Antrages des Zentrums keine Veranlassung vorliegt. Und zwar aus folgenden Gründen: 1. Ist die Zahl der Fälle, in denen durch die Niederlegung des Religionsunterrichts seitens eines Lehrers Schwierigkeiten in der Erteilung dieses Unterrichts entstanden sind, außerordentlich gering; 2. sind diese Fälle bisher auf dem Verwaltungsweg erledigt worden; es besteht keine Veranlassung anzunehmen, daß weiterhin eine entsprechende Lösung nicht möglich sein sollte; 3. läßt sich nach Auffassung der sozialdem. Fraktion diese Frage nicht einseitig in der Richtung des Antrages lösen; vielmehr müßte hierbei die Frage der Verantwortlichkeit der Lehrer zunächst grundräßig geprüft werden; 4. ist nach unserer Auffassung eine Durchführung des Antrages schulfachlich überhaupt nicht möglich, solange nicht mindestens in den größeren Volksschulen Lehrstellen geschaffen sind, die ohne Rücksicht auf das Bekenntnis des Lehrers oder auf seine Befähigung zur Erteilung des Religionsunterrichts zu besetzen sind. Eine andere Lösung dieser Frage können wir rein praktisch nicht sehen. 5. Erheben sich auch gegen einzelne Bestimmungen des Antrages Bedenken, so insbesondere gegen die Forderung des Antrages 57, daß der Lehrer auf Antrag der Ortschulbehörde zu ersetzen sei. — Aus diesen Gründen ist die sozialdem. Fraktion nicht in der Lage, dem Antrag zuzustimmen.

Abg. Klatzer (Landb.) teilt mit, daß ein Teil seiner Freunde für den Zusatzantrag des Zentrums stimmen werde. — Abg. Hofheins (Dem.) wendet sich Abg. Föhr und gegen dessen Behauptungen, die Simultanschule werde durchgehört, auch er lehnt den Zentrumsantrag ab. — Abg. v. Au (Landb.) polemisiert ebenfalls gegen den Abg. Föhr, dessen Darlegungen weit über das Ziel hinausgeschossen hätten. — Die kommunistische Fraktion beantragt die Beibehaltung der Schülerzahl von 55 auf 35. Abg. Ritter (Komm.) begründet den Antrag, stimmt im übrigen der Gesetzesvorlage zu und lehnt sich im wesentlichen mit dem Zentrum aus. — Frau Abg. Kiesel (Ztr.) befragt den Antrag des Zentrums über die Partei, ebenfalls Abg. Seubert (Ztr.), der erklärt, gegen das Gesetz stimmen zu wollen. Im Schlußwort verteidigt Abg. Föhr nochmals seinen Antrag.

Die Abstimmung über das Gesetz und den Zusatzantrag des Zentrums ist namentlich. Für den Antrag stimmt geschlossen das Zentrum, vom Landbund die Abg. Föhr, Fischer-Weissenheim, Seckle und Schrant, im ganzen 33 Stimmen; dagegen werden 37 Stimmen abgegeben. Der Antrag ist somit abgelehnt. Das Gesetz wird hierauf einstimmig in erster Lesung angenommen mit 68 Ja gegen 2 Neinstimmen. Für die zweite Lesung hatte das Zentrum namentliche Abstimmung beantragt. Das Gesetz wird mit 68 Stimmen gegen die beiden Stimmen der Abg. Albieß und Seubert angenommen. — Beim zweiten Gesetzentwurf wird zunächst der Änderungsantrag der Kommunisten auf Herabsetzung der Schülerzahl von 55 auf 35 abgelehnt, das Gesetz hierauf einstimmig angenommen, in zweiter Lesung in namentlicher Abstimmung.

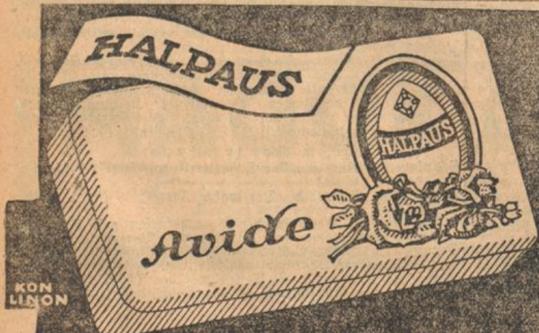
Um 1/2 Uhr wird die Sitzung abgebrochen und Weiterberatung auf mittags 4 Uhr festgesetzt.

27. Sitzung

In der Nachmittagsitzung wurde zunächst ein Antrag der Deutschen Volkspartei bekannt gegeben, in dem verlangt wird, daß Wohnungen von über 2000 M. Friedensmiete von der Zwangsversteigerung befreit sein sollen. — Die Kommunisten haben ihre fällige förmliche Anfrage wegen des Verbots ihrer sog. „Arbeiterzeitung“ eingereicht, weiter beschwerten sie sich über das Verbot einer Erbschaftsteuer, die sie „Erbverfallssteuer“ benannt haben.

In der Weiterberatung der Tagesordnung erstattet Abg. Dr. Glöckner Bericht über den 1. Nachtrag zum Staatsvoranschlag, der sich betriebl. in der Hauptsache mit der durch die Aufhebung des Arbeitsministeriums gebotenen Neuordnung in der Beamtenchaft befaßt. Der Antrag des Haushaltsausschusses geht auf Genehmigung des Nachtrags. — Nach ungescheitelter Debatte, die sich mit dem Abbau von Direktoren an Mittelschulen beschäftigt, wird der Nachtrag gegen eine Stimme genehmigt.

Ueber den Gesetzentwurf über die Grunderwerbsteuer und die Zuwachsteuer erteilt Abg. Ritter den Ausschußbericht. Nach dem Gesetz soll der Zuschlag der Gemeinde zwei vom Hundert und, wenn eine Wertzuwachssteuer nicht erhoben wird, vier vom Hundert des Grunderwerbsteuerpflichtigen Wertes oder Veräußerungspreises nicht übersteigen. Den Gemeinden soll mit dem Gesetze eine zweifelsfreie Rechtsgrundlage zur Erhebung einer auf Gemeindebesteuerung beruhender Grundstückszuwachssteuer geben. Der Ausschuß beantragt Zustimmung mit dem Zusatz, daß das Staatsministerium im Wege der Verordnung allgemeine Vorschriften über den Eintritt und den Umfang der Steuerpflicht, über die sachlichen und persönlichen Steuerbefreiungen, über die Feststellung des Wertzuwachses und über sonstige Grundzüge treffen soll. — Einem Antrag des Abg. Dr. Glöckner, die Vorlage an den Ausschuß



Der große Erfolg gerade dieser Marke beruht auf der meisterhaften Zusammensetzung der Orient-Tabake
Avide in eleganter Blechpackung 6-8

zurückzuverweisen, um einige Unklarheiten in der Auslegung des Finanzausgleichsgesetzes klarzustellen, tritt Abg. Müller und der Finanzminister entgegen. Der Antrag Glodner wird auch von der Sozialdemokratie unterstützt. — Der Antrag auf Zurückverweisung wird mit den Stimmen aller Parteien gegen die des Zentrums angenommen.

Errichtung und Unterhaltung eines Reichsstaatsforschungs-Instituts. Ueber den diesbezüglichen Antrag des Landbundes erläßt Abg. Weidmann Bericht. Der Ausschuss beantragt, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung nachdrücklich dafür einzutreten, daß die erforderlichen Mittel zur Errichtung und Unterhaltung eines Reichsstaatsforschungs-Instituts in Baden alsbald zur Verfügung gestellt werden. — Dem Antrag wird ohne Debatte zugestimmt.

Kreditgewährung an die Badische Landwirtschaftskammer und Änderung des erst kürzlich beschlossenen Gesetzes über die Beschlüsse an landwirtschaftliche Organisationen. Bericht erstattet Abg. Böhr. Der Landbund beantragt, der Badischen Landwirtschaftskammer einen Kredit von 200.000 M. bei der Bad. Landwirtschaftsbank zu bewilligen. Der Ausschuss beantragt, den Kredit zu gewähren, aber den für die Lagerhauszentrale Tauberbischofsheim bereits bewilligten Kredit um 300.000 M. zu kürzen. — Der Landbund beantragt Kredit um 300.000 M. in Höhe von 10 Millionen Mark auf 10 Millionen 300.000 M. zu erhöhen u. der Landwirtschaftskammer ihren Anteil um 300.000 M. hinaufzusetzen. Abg. Herke (Landb.) begründet diesen Antrag. — Abg. Müller (Ztr.) erklärt, daß seine Fraktion dem Haushaltsausschuss zugimmt und den Antrag des Landbundes ablehnt. — Abg. Gäßler (Kom.) erklärt, daß seine Partei der reaktionär zusammengesetzten Landwirtschaftskammer keinen Kredit gewährt.

Abg. Müller (Sos.) ist ebenfalls gegen den Antrag des Landbundes. Denn wie die Landwirtschaftskammer könne morgen jede andere Genossenschaft kommen, um ebenfalls eine Erhöhung des Kredits zu verlangen. Da aber der Zweck, für den die Landwirtschaftskammer das Geld braucht, ein guter ist, so find wir für die Gewährung des Kredits im Rahmen des Gesamtkredits von 10. Millionen. Wenn aber die Interessenten selbst sich nicht verständigen können, dann können wir am besten die Stellungnahme überhaupt zu revidieren. — Abg. Klatzer (Landb.) wendet sich gegen den Antrag seiner Fraktion und verlangt Zustimmung zum Haushaltsausschussantrag.

Minister des Innern Kemmle weist darauf hin, daß sich das Ministerium des Innern keinen Vorwurf zu machen hat wegen des Kredits an die Landwirtschaftskammer. Am 13. Januar wußte die Landwirtschaftskammer schon, daß eine Kreditvorlage kommen würde, und am 3. Februar erhob sie Beschwerde. Die Regierung hat allen 3 Verbänden eine Einhaltungsanfrage, bis der Antrag der Landwirtschaftskammer hier erledigt ist. Die Regierung kam mit dem Kredit nicht höher gehen. Es sei auch darauf hingewiesen, daß nun auch der landwirtschaftliche Verein und der Gewerksbund mit ähnlichen Anträgen kommen und auch die Industrie Beschwerde erheben. Die Regierung ersucht, sie nicht weiter zu treiben, als bis sie sich selbst besinnen. Es scheint fast, als ob hier mehr eine Pressensache im Vordergrund steht wie eine sachliche Notwendigkeit. — Es äußern sich weiter zur Sache die Abg. Weidmann (Ztr.), Glodner (Dem.), Herke (Landb.), Fischer-Weinheim (Landb.) und Abg. Dr. Maier-Karlsruhe (Ztr.). — Der Antrag des Haushaltsausschusses wird mit 27 gegen 24 Stimmen angenommen; die Kommunisten enthalten sich.

Erstellung einer Personenankunftkarte Bahndringlingen über Rannweiler-Mittelsweier-Kappel a. Rh.-Ruß nach Dörschweiler. Der Antrag auf Erstellung dieser Karte geht von unserem Abg. Weidmann aus. Berichterstatter ist Abg. Gäßler, der den Antrag dahin erweitert, daß die Orte Griesenhausen, Kinnensheim, Schmieheim und Malsberg mit in die Verbindung einbezogen werden sollen. — Dem Antrag wird zugestimmt.

Tierärztliche Erholungsheim Annaberg in Baden-Baden. Auch dieser Antrag geht von der sozialdemokratischen Fraktion aus; er verlangt, daß die Reichsregierung die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen möge, um erholungsbedürftige Kriegsbekämpfte im Erholungsheim Annaberg (Tierärztliche Erholungsheim) in Baden-Baden unterbringen zu können. Sollte das Reich die Mittel nicht zur Verfügung stellen, solle der badische Staat das Erholungsheim übernehmen. Berichterstatter Dr. Glodner befragt namens des Ausschusses den ersten Teil des Antrags, den zweiten Teil lehnt er ab. In diesem Sinne beschließt das Haus.

Arbeitslosenunterstützung an abgebaute nicht krankversicherungspflichtige Angehörige

Der sozialdemokratische Antrag lautet: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß den auf Grund der Personal-Abbau-Berordnung entlassenen, nicht krankversicherungspflichtigen Angestellten Erwerbslosenunterstützung in derselben Höhe gewährt wird, wie denjenigen Reichsbeamten, welche ohne laufende Besoldung auf Grund der Personal-Abbau-Berordnung ausgeschieden sind.

Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag lautet: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Verordnung über Erwerbslosenunterstützung vom 16. Februar 1924 auf alle der Reichsversicherungsordnung unterliegenden Angestellten ausgedehnt wird.

Berichterstatter über die beiden Anträge ist Abg. Gäßler. Der Haushaltsausschuss beantragt Zustimmung zu beiden Anträgen, was einstimmig geschieht.

Milchverbrauch und Milchverforgung. Der Antrag geht von allen Parteien aus und lautet: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen,

1. unverszüglich eine großartige Propaganda zur Hebung des Milchverbrauchs im Interesse der Volksgesundheit und einer guten, ungeschürten Milchverforgung in die Wege zu leiten,
 2. den Einfluß der Behörden, Schulen, staatlichen Betriebe und der Presse in den Dienst der Sache zu stellen.
- Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Ueber die Gesuche einer Anzahl Städte betreffend Ausbau ihrer Mittelschulen berichtet Abg. Müller. Der Haushaltsausschuss beantragt, der Landtag wolle folgender Entschlüsse zustimmen:

1. Die Regierung wird ersucht, den Gesuchen der Gemeinden Mosbach, Sigen und Rastatt auf weitere Ausgestaltung ihrer Mittelschulen unter der Voraussetzung der Übernahme der gesamten dadurch entstehenden Mehrkosten Rechnung zu tragen;
2. die Gesuche der Gemeinden Mägen, Buchen, Eppingen, Eisingen, Dahr und Sickingen werden der Regierung unter denselben Voraussetzungen empfehlend überwiesen.

Die Entschlüsse werden angenommen. Ein Gesuch des Gemeinderats Herbolzheim i. B. betr. Errichtung einer Gemerhschule wird nach Berichterstattung durch Abg. Müller der Regierung empfehlend überwiesen.

Zum Schluß werden eine größere Anzahl Gesuche entsprechend den Anträgen des zuständigen Ausschusses erledigt. Um 1/8 Uhr abends ist die Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung wird vom Präsidenten festgesetzt werden. Sie findet voraussichtlich am Dienstag, 31. März, statt.

Neue Regierungsvorlagen im Badischen Landtag

Dem Badischen Landtag werden vom Reichsministerium für die Finanzen zwei Gesetzentwürfe über die Änderung des Vollstreckungsgesetzes, ferner vom Ministerium des Innern zwei Entschlüsse, eine über die Regelung des Fürsorgewesens in Baden und eine zweite über die Einmündung der fürsorgelosen Einrichtungen Badenweilers. — Die Landtagsabgeordneten haben einen Antrag über Milchverbrauch und Milchverforgung und mehrere sozialdemokratische Abgeordnete eine förmliche Anfrage über die Sonntagsruhe im Handwerk eingebracht.

Unter den Gesetzen, die in der letzten Zeit dem Landtag zugegangen, befinden sich mehrere über die Laufbahnverordnung. Weitere Gesetze liegen vor von der Stadt Dahr über die dortige Aufbauschule, dem Gemeinderat Herbolzheim über die Errichtung einer Gewerkschule dortselbst, von dem Gemeinderat Buchen über den Ausbau des Realprogymnasiums dortselbst zu einer Hohenstaufenschule, von dem Gemeinderat Sickingen über die Errichtung einer Oberrealschule am Oberrealprogymnasium dortselbst. Der Süddeutsche Kanalverein und der Württembergische Industrie- und Handelsverband haben Gesuche über den Weiterbau am Neckarthal eingebracht. Eine größere Anzahl Gesuche liegt von Beamtenorganisationen über Anstellung und Beförderungsveränderungen vor. Die Gemeinde Mägen wünscht die volle Wiedererrichtung des Haltpunktes Mägen der Schwarzwaldbahn. Der Reichsverband der Arbeitervereine und verschiedene Kriegsbeschädigten-Organisationen sowie der Zentralverband der Arbeitslosen, Bau- und Gewerkschaften, haben Gesuche eingebracht, die die Ausführung der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht zum Gegenstand haben.

An die Eisenbahner!

Die am Reichslohnrat beteiligten Eisenbahnerorganisationen erlassen an ihre Mitglieder folgenden Aufruf: **Kollegen!** Die Entscheidung über den Ausgang des Kampfes um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit ist gefallen. Der Schiedsspruch wurde am 19. März 1925 vom Arbeitsministerium für verbindlich erklärt. Die Organisationen bringen hermit zum Ausdruck, daß sie sich in Verbindung der gesetzlichen Einrichtungen dieser Frage einig sind. Die Organisationen fordern nunmehr die streikenden Eisenbahner auf, sich geschlossen und in würdiger Form zum Dienst zu melden. Nähere Anweisungen erteilen die zuständigen Bezirksleitungen und Ortsverbände.

Die Organisationen haben sich nach Kräften bemüht, durch Verhandlungen mit der Hauptverwaltung der Reichsbahn und vor dem Schlichter die erhobenen Forderungen zur vollen Durchführung zu bringen. Das Scheitern an der Hartnäckigkeit und Unnachgiebigkeit der Hauptverwaltung der Reichsbahn. Der Schiedsspruch bringt nur einen Teilerfolg auf materiellem Gebiet, aber einen vollen Erfolg in moralischer Hinsicht. Nicht geschehen und entsetzt nehmen die Kollegen die Arbeit wieder auf. Sie können erhabenen Stolz in die Betriebe zurückkehren, begleitet von der Sympathie aller rechtlich Denkenden. Die ausgebrochenen Streiks sind damit beendet. Der Kampf für die materielle und soziale Befreiung der Arbeitnehmer tritt nunmehr in ein anderes Stadium. Die Organisationen werden nicht ruhen und wachen, der eifrigen Arbeit die gebührende Anerkennung zu erringen und zu sichern. Junere Stärkung ist dazu Voraussetzung. Deutscher Eisenbahnerverband, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Allgemeiner Eisenbahnerverband.

Aus dem Lande

Durlach Sozialdemokratische Partei. In der morgen abend 7 Uhr im „Waldhorn“ in Durlach stattfindenden Märzfeier erheben wir unsere Genossen und Genossinnen um zahlreiches Betrad.

Unsere Bezirksobstleute werden ersucht, die Flugblätter beim Parteivorstand Gen. Falagar, Blättchenstraße 10, von heute mittag 2 Uhr ab abholen zu wollen.

Bruchsal Reichspräsidentenwahl. Wir weisen nochmals darauf hin, daß diejenigen wahlberechtigten Personen, denen bis jetzt eine Benachteiligung über ihre Eintragung in die Wählerliste nicht zugegangen ist, auch nicht in die Liste aufgenommen sind und in diesem Fall ihr Wahlrecht nicht ausüben können. — Eintragungen sind nur noch bis einschließlich Montag, den 23. ds. Monats möglich und müssen daher unbedingt auf dem Marsbau — Zimmer Nr. 11 — Landesamt, beantragt werden.

Rastatt Genossen, auf zur Mitarbeit! Die bevorstehende Reichspräsidentenwahl erfordert in der nächsten Woche die Mitarbeit aller Parteigenossen und Genossinnen. Die große Propaganda der Nechten, dem Herrn Narres zum Siege zu verhelfen, muß auch den linken Genossen und die letzte Genossin veranlassen, ebenfalls die äußerste Pflichterfüllung an den Tag zu legen. Am kommenden Sonntag vormittag müssen in den umliegenden Ortschaften die Flugblätter für die Präsidentenwahl verteilt werden. Alle Parteigenossen, welche sich am Sonntag an dieser Wahlarbeit beteiligen,

werden gebeten, Samstag abend 8 Uhr zur Empfangnahme der Flugblätter im „Anker“ sich einzufinden. Wenn jedes Mitglied nur etwas tut, wird die Arbeit für den Einzelnen nicht zu groß werden.

Parteierversammlung. Zur Vorbereitung der notwendigen Wahlarbeit für die Präsidentenwahl in der Stadt selbst, findet am kommenden Donnerstag, den 26. März, abends 8 Uhr, im „Anker“ eine Parteiversammlung statt. Alle Mitglieder, insbesondere die Parteifunktionäre, werden ersucht, in dieser Versammlung anwesend zu sein. Der schöne Wahlerfolg im Dezember vorigen Jahres muß die Mitglieder der Partei ganz besonders anspornen, in diesem Wahlkampf ihre Pflicht zu erfüllen.

Sonderzug Triberg 21.22. März. Wegen Einstellung der Kraftwagenlinie Triberg-Furtwangen infolge der derzeitigen Schneeverhältnisse hat sich der Badische Verkehrsverband um Beförderungsgelegenheit mit Schritten für die Besucher der am Sonntag, 22. März in Furtwangen stattfindenden Eröffnungsfeier am neubauten Sprunghügel bemüht. Bei Anmeldung bei den Vertretern des Badischen Reisebüros in Mannheim, Seidelberg, Karlsruhe, Forstheim und Offenburg bis spätestens Samstag vormittag können im Anschluß an den Sonderzug in Triberg Schritten für je 4 Personen gestellt werden. Der Fahrpreis beträgt pro Person für die Fahrt von Triberg nach Furtwangen und zurück 12.50 M. bei einer Mindestbeteiligung von 4 Personen.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 21. März

Geschichtskalender

- 21. März: Der Schriftsteller Jean Paul (Mitter) in Bunsfeld. — 1871 Eröffnung des ersten deutschen Reichstags in Berlin. — 1920 Austritt des Reichswehrministers Noske.
- 22. März: 1832 Goethe in Weimar. — 1920 Ende des Generalstreiks gegen den Kapp-Putsch. — 1924 Gen. Klafimil Tufar, Gesandter der Tschechoslowakei, in Berlin.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Bezirk Südstadt. Die Straßensleute werden ersucht, am nächsten Samstag von 4—8 Uhr die Flugblätter in der „Deutschen Eiche“ abzuholen und dieselben mit ihren Mannschaften am Samstag und Sonntag zu verbreiten. Es ergeht an alle Genossinnen und Genossen, insbesondere an die Jugend die Anforderung, sich ihren Straßensleuten zur Verfügung zu stellen.

Bezirk Oststadt. Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, sich am Samstag und Sonntag stattfindenden Flugblattverbreitung recht zahlreich zu beteiligen. Empfang der Flugblätter Samstag nachmittag von 3 Uhr ab bei Genosse Görmann, Georg Friedrichstraße 32.

Bezirk Altstadt. Morgen Sonntag Flugblattverbreitung. Die Straßensleute und Vertrauensleute werden ersucht, die Flugblätter morgen vormittag 9 Uhr bei Gen. Sitt, Adlerstr. 8, abzuholen.

Bezirk Weststadt. Heute mittag 3 Uhr Ausgabe der Flugblätter in der „Bierstraße“ unter den Linden. Jeder Parteigenosse, ob Kopf- oder Handarbeiter, erscheine. Jugend voran!

Bezirk Mittel- und Südweststadt. Von heute mittag 3 Uhr ab sind die Flugblätter in der „Gambriusstraße“ abzuholen. Alles helfe mit, Jugend voran!

Bezirk Mühlburg. Mittwoch, 25. März, abends 8 Uhr, im „Rheinhaus“ Parteiversammlung. Der Referent, Gen. Dr. Lehmann behandelt das Thema „Die Vorbereitung zur Sozialisierung in Österreich“. Das aktuelle Thema verlangt vollständiges Erscheinen sämtlicher Parteigenossen.

Bezirk Miltheim. Die Vertrauensleute und Straßensleute werden ersucht, heute abend 7 Uhr zu einer kurzen Versammlung in der Wohnung des Vorsitzenden zu erscheinen. Keiner fehlt!

Bezirk Reiterheim. Heute Samstag von 3 Uhr ab können die Flugblätter abgeholt werden und müssen Samstag und Sonntag reiflos verteilt werden. Bitte die Genossen und die Jugend, sich zahlreich daran zu beteiligen. Die Flugblätter sind abzuholen bei Obmann V. Müller, Marie Alexanderstr. 21.

Das verbotene Choralspiel von der evangelischen Stadtkirche

Anlässlich der Tagung der evangelischen Landeskonferenz am Mittwoch und Donnerstag richtete der Vertreter des Volkskirchenbundes Dr. Dietrich eine Anfrage an den Kirchenpräsidenten, warum er anlässlich der Bannerweihe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold nicht die Erlaubnis gegeben habe, daß auf dem Turm der evangelischen Stadtkirche Choräle gelassen werden. Dr. Dietrich wies darauf hin, daß in den letzten Jahren die Kirche schon oft der Ort war, wo staatsfeindliche Reden gehalten wurden und daß in der republikanischen Bevölkerung das Verbot des Kirchenpräsidenten als eine Demonstration gegen den bestehenden Staat aufgefaßt werde.

Kirchenpräsident Wurtz las zu seiner Verteidigung, einige Sätze aus der Festschrift des Reichsbanners vor, und zwar aus dem Artikel des badischen Innenministers, des Genossen Kemmle. Was dort besagt sei, sei so einseitig parteipolitisch, daß er dem Reichsbanner den Kirchenpräsidenten nicht habe überlassen dürfen.

Wir bitten unsere Leser, im Festbuch einmal nachzulesen, ob das dort von Kemmle Geschriebene nicht der Wahrheit entspricht. Das brachte der Vertreter des Volkskirchenbundes auch zum Ausdruck. Herr Kirchenpräsident Wurtz gab das Versprechen, daß auch die rechtsgerichteten Organisationen keine Kirche mehr bekämen. Darin ist natürlich auch eingeschlossen, daß kein Pfarrer mehr in der Kirche gegen die Republik schimpfen darf.

Wer's glaubt . . . aber wir bitten trotzdem unsere Leser um Mitteilung, wo dies geschieht.

Tod

Allen Wunden und Räusen durch Habog in der Tube u. Habog Hatten. In Karlsruhe: Strauß-Drogerie, Rheinstraße 57, Germania-Drogerie, Kaiserstr. 24, Giesberg-Drogerie, Reiterstr. 1, Drogerie Karl Rott, Bahnhofsstraße 55, Drog. die Ehefrau, Amalienstr. 19, Weidner-Drogerie. 259

Persil das unübertroffene Waschmittel

halbe Arbeit, billiges Waschen und die Wäsche tadellos. (NUR IN DER BEKANNTEN) (PACKUNG NIEMALS LOSE).

Zu derselben Angelegenheit schreibt uns Herr Kirchenrat E. Fischer:

Zu dem kürzlich im „Volksfreund“ erschienenen Artikel über das Blasen von Choralweifen vom Turm der evangelischen Stadtkirche am Morgen des Reichsbannerfestes ist mitzuteilen, daß dieser Programmpunkt ohne Genehmigung des evangelischen Kirchengemeinderats in die Ankündigung auf den Plakatstelen aufgenommen wurde. Gleichwohl war die Weiblichkeit des Kirchengemeinderats der Ansicht, man solle — bei genügender Entschuldigung des Fehlers und bei der Zusicherung, daß nur Choräle geblasen werden — einem nachträglichen Erlaube dem Vorsitzenden des Kirchengemeinderats mitteilen, daß Kirchengemeindevorsitzende anlässlich politischer Besten und dergl. nicht überlassen werden können, sich der Vorrede des Kirchengemeinderats verhalten, die nachträglich erbetene Genehmigung zu verweigern. Es muß noch hervorzuheben werden, daß der Kirchengemeinderat dabei ausdrücklich keine Rolle spielte und keine spielen dürfte. Es handelt sich also nicht um eine politische Parteinahme der Landeskirche oder deren Behörden, sondern um eine rein prinzipielle Maßnahme, deren Zweck ist, jeder Vermischung von Kirche und Politik vorzubeugen.

Hierzu ist zu bemerken, daß das Reichsbanner keine parteipolitische Organisation ist, sondern eine überparteiliche. Gewiß, rechtsstehende Kreise reden immer von einer parteipolitischen Organisation. Das Reichsbanner ist eine Stütze des republikanischen Staates, von dem auch die evangelische Kirche ihre Dotationen erhält und sie auch noch nie abgelehnt hat. Es ist sehr bezeichnend, daß die Leitung der evangelischen Kirche sich den Standpunkt der rechtsstehenden Kreise zu eigen macht und einfach das Reichsbanner zu einer parteipolitischen Organisation stempelt. Da loben wir denn doch den Standpunkt der kath. Kirche, die den Kirchturner Stefanstraße ohne weiteres zur Verfügung stellte, ja sogar die Gebäude besagte und dies alles in der Erkenntnis, daß das Reichsbanner über den Parteien steht und ihm das republikanische Vaterland über alles geht.

Ueberfall durch Hitler

Ein Schlageter-Jüngling schießt auf Straßenpassanten

Das tabulöse Benehmen der Hitlerianer wird anfangs zur Stadtplatz, man kann nachts kaum mehr seinen Weg laufen, ohne sich der Gefahr auszusetzen, daß man von Hitlerclausuren angegriffen wird. Wir haben erst kürzlich einige Fälle veröffentlicht und schon wieder wird uns von einem Augenzeugen über folgenden Vorfall berichtet:

Am Mittwochabend war ich Zeuge des Auftretens einiger Kassenkassierinnen beim Hotel Germania. 7-8 dieser neuen Burtschen haben drei ahnungslos des Weges gehende junge Leute plötzlich mit Steinen angegriffen und verfolgten sie. Straßenpassanten, die über das Auftreten der Gesellschaft mit Recht empört waren, trennten die Angreifer, als plötzlich so ein Lausbub einen Revolver zog, und drei Schuss auf die Leute abgab. Dadurch wurden zwei Leute leicht verletzt. Nunmehr zog es die Hitlerbande doch vor, das Gespann zu ergreifen. Drei dieser Gefellen wurden jedoch von Passanten eingeholt und nach Verabfolgung einer gehörigen Tracht Prügel der inzwischen eingetroffenen Polizei übergeben. Hoffentlich entgehen diese Krücheln nicht der verdienten Strafe. Der Polizeibericht registrierte nur kurz das ganze Vorkommnis, ohne zu erwähnen, daß Hitler die Angreifer waren und sogar einer mit dem Revolver geschossen hat. Und die bürgerliche Presse schweigt natürlich erst recht. Sie findet scheinbar auch Gefallen an dieser Heldentat. Wären jedoch die Angreifer Mitglieder des Reichsbanners gewesen, dann hätten die Wäckerer spaltenlange Artikel über die moralisch verwerfliche Reichsbannerjugend gebracht. So

find es diesmal aber wieder Mitglieder des bekannten „Schlageterbundes“ gewesen, die mit Schlag- und Schußwaffen ausgerüstet, feindliche Passanten angriffen.

In der letzten Zeit mehren sich überhaupt die Fälle, daß Angehörige der rechtsgerichteten Organisationen zur Nachzeit Uebergriffe sich erlauben. Der Polizei kann hier ein Vorwurf nicht gemacht werden, sie kann nicht immer da sein, wo die Gesellschaft ihr Unwesen treibt, aber an der Arbeiterschaft liegt es, diesen Spul endlich mal ein Ende zu bereiten. Oder wollen wir aufsehen, bis einer oder der andere unserer Besten zusammengetraut ist? Wir brauchen uns keine politische Machtbefugnisse anzumahnen, aber wenn so ein Kerl ausfällig wird, dann muß er einen solchen Dentschel erhalten, daß ihm für dauernd die Luft verneht, sich im Gauen, Schießen oder Stechen zu üben.

Die sozial-hygienische Ausstellung

ist morgen Sonntag zum letzten Mal geöffnet. Besuche sich jeder, diese interessante Ausstellung zu besichtigen. Die Ausstellung ist bis zum Sonntag geöffnet, das heißt bis zum Sonntag die Ausstellung besichtigen und treffen sich um 4 Uhr dorthin.

Seht die Wählerlisten nach!

Wer keine Wählerlistenkarte erhalten hat, steht nicht in der Wählerliste.

Erwirke deshalb jeder seine Eintragung. Das Wahlbüro im Konzerthaus ist morgen Sonntag geöffnet von 9-1 Uhr und am Montag (letzter Tag) von 9-8 Uhr.

„Volksbühne Karlsruhe“

Von der Erwägung ausgehend, daß eine Volksbühne neben ihrem in der Hauptsache auf Bildung und Belebung eingestellten Spielplan sehr wohl von Zeit zu Zeit ihren Mitgliedern auch einmal einen reinen Unterhaltungabend bieten darf, hat der Vorstand als zweite geschlossene Vorstellung dieser Spielzeit den „Wägen Geist Lumpaci Bagabundus“ oder: „Das liebliche Knecht“ gewählt. Diese komische Komödie erscheint für den vorliegenden Zweck besonders geeignet und wird in der erfolgreichen Vereinigung von Felix Baumhach den Volkshausbesuchern sicher viele Freude bereiten. Ein Teil der Besucher erhält sie als Vorstellungsreihe 7 der andere als 8. Die Vorstellungen sind Montag, den 23. und 24. März d. J. So sei bei dieser Gelegenheit wiederholt darauf hingewiesen, daß die Volksbühne jederzeit neue Mitglieder aufnimmt. Näheres in der Geschäftsstelle: Stephaniensstraße 74, 8. Stod, täglich 5-7 Uhr, Samstags nur 11-1 Uhr.

Tanz-Abend Merzens-Leger. Vielfachen Wünschen entsprechend wird Olga-Merzens-Leger, die beliebte bisherige erste Solotänzerin des Landestheaters ihren erfolgreichen Tanz-Abend am Mittwoch, 1. April im Konzerthaus wiederholen. Der Abend wird wieder unter Mitwirkung der gesamten Tanzschule von Frau Merzens stattfinden und das ungekürzte Programm des ersten Abends aufweisen. Ueber einen Teil der Karten ist bereits verfügt, die übrigen werden dem allgemeinen öffentlichen Verkauf zugeführt. Alles Nähere wird in den nächsten Tagen durch Inserat bekannt gegeben.

Festhalle-Konzert. Am Meigen der Festhallekonzerte erscheint am kommenden Sonntag ein Familienkonzert des Musikvereins Harmonie. Herr Rudolph bietet einige Konzertstücke, die von den Konzertbesuchern gewünscht wurden. Das Programm enthält u. a. Ungarische Tänze Nr. 5 und 6 von Brahms, Vorspiel und Siglana aus „Cavaleria rusticana“ von Mascagni, Intermezzo für Streichinstrumente Gubuloff. Zum ersten Male wird in Karlsruhe wiedergegeben „Das letzte Gebet der heiligen Cecilia“ von A. Lombard. Den Schluß

bildet das humoristische Potpourri „An Alle...“ v. Mhl. Der niedere Eintrittspreis ermäßigt auch Familien, dieses Konzert zu besuchen. Karten im Vorverkauf beim Stadtgartenkaffee Bromer.

Der Jugendbund für entschiedenes Christentum begehrt, wie er uns schreibt, am Sonntag, den 22. März sein 12. Jahresfest. Der Posaenschor des Bundes wird zur Eröffnung des Festes um 7 Uhr von Turme der Stadtkirche als Bedruf einige Choräle blasen. Der Festgottesdienst bei dem Herr Pfarrer Urban von Spöck die Festpredigt hält, wird vorm. 8 Uhr in der Johaneskirche sein. Nachmittags 3 Uhr findet im großen Saale des Friedrichshofes die Festfeier statt. Umrahmt ist diese Festfeier durch Chöre und Einzelvorträge der Mitglieder. Anlässlich des Jahresfestes wird Herr Jugendbundsekretär Laus von Sonntag bis Montag jeweils abends 8 Uhr ebenfalls im großen Saale des Friedrichshofes für die männliche und weibliche Jugend bis zu 30 Jahren 3 Jugendvorträge halten. Auch diese Vorträge zu denen kein Eintritt erhoben wird, sind umrahmt von musikalischen und gefanglichen Darbietungen des Bundes.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Für diejenigen Kameraden, die an der Gründungsfeier in Jöblingen teilnehmen, ist morgen Sonntag um 1/2 Uhr Treffpunkt am Bahnhof.

Die Kameraden, die hier bleiben, treffen sich um 3 Uhr vor der Ausstellungshalle zur Besichtigung der sozialhygienischen Ausstellung.

Karlsruher Polizeibericht vom 21. März

Kaminkubände entfangen gestern vormittag beim Abend in einem Hause im Viertel und in der Adamentstraße. Die Brände konnten nach kurzer Tätigkeit der städt. Feuerwehrgesellschaft gelöscht werden.

Körperverletzung. Gestern nachmittag gerieten in Durland zwei 16 Jahre alte Gewerbeschüler in Streit, wobei der eine einen Stich in das rechte Ellenbogengelenk erhielt, jedoch er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

D-Jugende waren gestern in Ludwigstraße Paris-Exkursion an der Arbeit. Sie entwendeten einem Reisenden auf der Fahrt zwischen Sträßburg und Karlsruhe zwei Briefstaschen mit 500 Goldmark, 1000 französischen Franken und 300 spanischen Pesetas.

Briefkasten der Redaktion

E. T. Auf dem Bezirksamt können Sie den Austritt aus der Ev. Kirche erklären. Rth. in St. Eberth'seiche wurde nicht verbrannt. Wert gehörte keiner Konfession an.

Advertisement for Dr. Thompson's Seifenpulver (Washing Soap) featuring a swan logo and the text 'WASCH MIT Dr. Thompsons Seifenpulver Garantiert unschädlich'.

Large advertisement for Arthur Baer Herrenkleiderstoffe (Men's Clothing) at Kaiserstraße 133, featuring the price '3.90' and 'per Meter Mk. 18., 16., 12., 10., 6.50'.

Advertisement for Pfannkuch and Tee, listing prices for various types of tea and coffee.

Advertisement for Eintracht Klavier-Abend with Elli Bienefeld, featuring Kurt Neufeldt and a program of piano pieces.

Advertisement for Naturheilverein Karlsruhe e.V. featuring a lecture by Werner Zimmermann on 'Leben, Gesundheit, Schönheit und Erziehung zu sonnigen Menschen'.

Advertisement for Jugendbund für entschiedenes Christentum e.V. featuring a 12th anniversary festival on Sunday, March 22nd.

Advertisement for Volksbühne Karlsruhe featuring a play 'Textbücher' at the Volksbuchhandlung.

Advertisement for Gottes Königreich featuring a public lecture by Arne, Bedrängte, Notleidende, Kranke!

Advertisement for Arbeiter Gesangverein Eintracht Ettlingen featuring a performance by Willy Napp.

Advertisement for Pfannkuch and Kaffee, listing prices for various coffee and tea products.

Arbeiter! Werbet für Euer Zeitung!

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Sonntag, 22. März: Meist trübe, mäßige Niederschläge (im Gebirge Schnee), Temperatur wenig verändert, nördliche Winde.

Wasserstand des Rheins

Schiffen 37, gef. 9; Rehl 148, gef. 2; Mainz 322, gef. 1; Mannheim 216, gef. 2 Zentimeter.

Veranstaltungen des heutigen und morgigen Tages

- Abendtheater: 'Mina von Barnhelm', 7-9 1/2 Uhr.
Freib. Feuerweh: 'Höhenunterhaltung im Kesselsaal', 8 1/2 Uhr.
Verein: 'Über die Wüste Sahara', 4 und 8 Uhr.
Gefangenen: 'Außerordentliche Generalversammlung im Vereinshaus', 8 Uhr.
Schauspiel: 'Schmied-Weißweilers Schauspiel: 'Otto der Treue'', 8 Uhr.
Reizend: 'Mund um die Ehe'.
Salat: 'Lazarus Rückkehr in den Urwald'.
Ausstellung: 'Sozialhygienische Ausstellung', 9-7 Uhr.
Sonntag, den 22. März 1925:
Abendtheater: 'Garten', 8-10 1/2 Uhr.
Vereinshaus: 'Die Erntedankfestspiele', 7-9 Uhr.
Sportverein: 'Frühlingssportfest in der 'Falkenhalle'', 7 Uhr.
Kesselsaal: 'Familien-Konzert', 4 Uhr.
Schauspiel: 'Schmied-Weißweilers Schauspiel: 'Otto der Treue'', 4 und 8 Uhr.
Reizend: 'Vorbereitung'.
Vereinigung: 'Kriegsbeschädigten Tag: Wohltätigkeit', Konzert in der Festhalle, 4 Uhr.
Reizend: 'Mund um die Ehe'.
Ausstellung: 'Sozialhygienische Ausstellung', 9-7 Uhr.

Soziales

Wozu die Reichsbahngesellschaft Geld hat!

Aus Eisenbahnkreisen wird uns geschrieben: Eigenartig ist der Standpunkt der Deutschen Reichsbahngesellschaft hinsichtlich der Forderungen der Gewerkschaften auf Lohn- und Arbeitszeitverlängerung. Lohnverlängerung will die Verwaltung, Arbeitszeitverlängerung nach nur gewährt, wenn die Vermeidung der erforderlichen Erhöhung der Löhne genügt. Hier nicht sich denn doch die Frage auf, ist dies nötig? Wo hat die Verwaltung die 60 Millionen her, welche bereit gestellt werden für Unterdrückung des Streiks? Wie kommt es, daß immer Geld vorhanden ist, für die bekannten Prämien, welche so viel Staub aufwirbelt haben und nun, laut herausgegebenen Richtlinien zum 1. 4. wiederum bezahlt werden. Warum können all diese Summen zur Verfügung gestellt werden, ohne Lohnverlängerung? Warum müssen die Löhne erhöht werden, wenn die Eisenbahner ihre Hungerlöhne von wöchentlich 15, 18, 20 M. erhöht haben wollen? Dieses Rätsel mag Ihnen merkwürdig sein.

Wenn 60 Millionen da sind, um den Streik zu unterbinden und schon wieder die viel angebotenen Zulagen, welche nur Bewirkung unter die Eisenbahner brachten, ohne Lohnverlängerung gezahlt werden, dann war es geradezu fatal, die Lohnverlängerungen in solch brüskierter Weise zu verschleppen, um es dann noch auf einen Schiedspruch antommen zu lassen. All dies hätte vermieden und manches Unheil vermieden werden können, wenn man statt dieser Gelder eine Lohnverlängerung bewilligt, oder die Arbeitszeit verkürzt hätte. Das Verlangen der Gewerkschaften in dieser Beziehung war gewiß kein ungerechtes, wenn man die traurige Lage der Eisenbahner berücksichtigt. Schließlich hat der arbeitende Mensch doch auch ein Recht zu leben und nicht nur mit knurrendem Magen und jenseitsvollem Leben nur für die zu arbeiten, welche infolge ihres Kapitalbesitzes auf Kosten anderer ein feudales Dasein führen.

Was wurde alles über die Prämien geschrieben, wie wurde die Zuneigung der unbekannten großen Summen an die oberen Beamten geteilt, man hat ja nie erfahren, welche Beträge eigentlich bezahlt wurden, es hieß nur, die beauftragten Summen seien nicht richtig angegeben, und doch erschienen schon wieder die neuen Richtlinien für Gewährung dieser Prämien an ein Siegel und was geschah? Einige wenige Punkte wurden geändert. Bisher wurde für die Krankheitsdauer von 15 Tagen die Zulage demnach gewährt, jetzt sind 80 Tage vorgesehen. Gleichmäßige Verteilung auf die einzelnen Dienstwege und auf Beamte des unteren und mittleren Dienstes sei nicht erforderlich. Dem Votum und Jugendbegeisterung, wie dem übrigen Personal des Verkehrs- und Betriebsdienstes, Spitzenverdienstprämie als persönliche Zulage gewährt werden, wenn diese Beamten bei vorübergehendem starken Anstiegen des Verkehrs während ihres Dienstes ganz besonders stark in Anspruch genommen werden.

Was die oberen Beamten erhalten, ist natürlich wieder nicht bekannt. Warum kann aber die Reichsbahngewerkschaft mit den Eisenbahnern all dies machen, weil sie genau weiß, daß die Eisenbahner unzufrieden und zum großen Teil indifferent sind. Das müßte geändert werden!

Gerichtszeitung

1. Abgeworfene Einbrecher. Mit einem Arsenal von Einbrecherwerkzeugen und Krampfnadeln versehen, verübten in der Nacht vom 18. auf 19. Februar der 27-jährige Keller Friedrich Heilmann aus der 21 Jahre alte Filmoperateur Josef Georg Kitzler aus Freiburg in das dortige Meidenerhaus Volker einen Einbruch. Der Weg, den sie wählten, war ein außergewöhnlicher. Die zwei schlossen mit einem Nachschlüssel vom Franziskanerplatz her das Haustor des Kreuzganges bei der Martinskirche auf, von hier stiegen sie durch ein Fenster in den Hof des Anwesens von Volker. Um von hier in die Leberkammer zu gelangen, schlugen sie ein Loch in die Mauer, durch welches sie in den Keller schlüpfen und sodann die nach dem Laden führende verschlossene Tür einschlugen. Sie packten vier große Pappschachteln mit den wertvollsten Schmuckstücken, Lebermantein, Lederjacken, Uhren und Diamanten voll, raubten von den vorgefundenen Zigaretten einen kleineren Betrag von vorgefundenem Bargeld und stiegen durch eine zweite von ihnen geprügelte Türe ins Freie. Einen Teil der gestohlenen Meidener fanden die Einbrecher bald darauf nach

Ettingen, mit dem Rest fuhrten sie nach Lörrach, um die Kleidungsstücke dort zu verkaufen. Aber schon kurz nach ihrer Ankunft wurden sie verhaftet. Das Freiburger Schöffengericht, vor dem sich die mehrfach vorbestraften Angeklagten zu verantworten hatten, verurteilte Meidener zu 2 1/2 Jahren und Kitzler zu 2 Jahren Zuchthaus, sowie beide zu entsprechenden Ehrenstrafen.

Ein gemeingefährlicher Hochstapler ist der 32 Jahre alte Länger Maximilian A. Lenz von Elberfeld, der eine Reihe von Vorstrafen aufweist. Seine Taktik war, in irgend ein Kleidungsstück zu gehen, sich dort als Zahnarzt vorzustellen. Er wählte einen Mantel für sich oder seine Frau, die er nicht hatte, aus und gab Befehle, diesen mit Wechselgeld in das Bartezimmer zu bringen. Dort nahm er dann die Sachen ab und verschwand unter dem Vorgeben, er komme gleich wieder. Der Zahnarzt, der Besitzer des Bartezimmers, hatte natürlich keine Ahnung davon. Wurde die Sache kläglich, so ließ er sich an einem ganzen Reihe von Städten in Deutschland. Das Gericht in Mannheim erkannte auf eine Gefängnisstrafe in Höhe von 4 Jahren und 6 Monaten Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte 4 Jahre Zuchthaus beantragt.

Bereinsanzeiger

- Karlsruhe:
Wasserpost-Verein, Abfahrt zur Besichtigung des Murgwerks Sonntag 5 Uhr, Sonntagsschiffahrt nach Bad. 2002
Volkshochschule, Morgen Sonntag 1/4 11 Uhr Gesamtprobe zu den Schöpfungsaufführungen in den 'Drei Bänden' Mühlburg. 2008
Arbeiter-Schülerverein, Sonntag vorm. 1/4 10 Uhr Schickung im 'Jahresbericht' 2011

Durlach, (Deutscher Arbeiter-Kontinentenbund.) Montag, 22. März, abends 7 1/2 Uhr, spricht Genosse Pörrer Kappes im Rathausaal über 'Neue Lebensformen der Jugendbewegung'. Sämtliche Partei- und Gewerkschaftsmitglieder sind eingeladen.

Der heutige Nummer des 'Volk und Zeit' ist die nächste Bilderbeilage.

Unsere Filialinhaber
welche den 'Volk und Zeit' durch die Post überwiefen erhalten, wollen die für April benötigte Bezugszahl (Erwerblose und Vollarbeiter getrennt) spätestens bis zum Mittwoch, den 25. März, uns mitteilen. Die übrigen Filialen bis längstens 31. März.
Bericht des 'Volk und Zeit'

Arbeiter agitiert für die Parteipresse!



Wir pflegen alle Zweige des bankgeschäftlichen Verkehrs und sichern pünktliche Erledigung der uns erteilten Aufträge zu.

Für Spareinlagen gewähren wir bestmögliche Verzinsung.

Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe

mit Depozitenkasse am Bahnhofplatz und Niederlassung in Mühlburg.

Amtliche Bekanntmachungen

Karlsruhe, Handelsregisteramt vom 12. März.
1. Danksagen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Kassanverlag, Karlsruhe, Gegenstand des Unternehmens: Der Vertrieb von Kassanverlag und ähnlicher der Kassanverlag dienender Artikel. Auf gemeinsamen Beschluß der Gesellschafter kann die Gesellschaft auch die Herstellung anderer Artikel aufnehmen. Die Gesellschaft darf sich an Unternehmungen gleicher und ähnlicher Art im In- und Ausland beteiligen. Stammkapital: 5000 Reichsmark. Geschäftsführer: August Danksagen, Kaufmann, Karlsruhe. Hauptverwalter, Kaufmann, Bergheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 6. März 1925 abgeschlossen. Mehrere Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft einzeln. Die Gesellschaft ist zunächst bis 31. Dezember 1925 geschlossen. Die erste Bilanzierung kann am 1. Juli 1925 auf Ende Dezember 1925 erfolgen. Erfolgt keine Bilanzierung, so läßt die Gesellschaft auf ein weiteres Jahr und so weiter in den folgenden Jahren. Der Geschäftsführer August Danksagen bringt in Vorschlag auf seine Stammeinlage in die Gesellschaft ein: Eine Barvereinbarung, sowie die von der früheren offenen Handelsgesellschaft Danksagen & Lange abgekauften Lizenzverträge über Papiervertrieben in holländischem Verlags (A. W. Müller & Co. 115), im Gesamtumfange von 2500 Reichsmark, jedoch keine Stammeinlage hiermit geleistet ist. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.

2. Rheinische Kohlen- und Braunkohle-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Durch Gesellschafterbeschuß vom 26. Februar 1925 wurde das Stammkapital infolge Umstellung auf 20000 Reichsmark erhöht und der Gesellschaftsvertrag in § 5 (Stammkapital) und § 4 (Gesellschaft) geändert.
3. Drehschiff & Sichel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Durch Gesellschafterbeschuß vom 9. März 1925 wurde das Stammkapital infolge Umstellung auf 40000 Reichsmark erhöht und der Gesellschaftsvertrag in § 4 (Stammkapital) geändert.
Bad, Amtsgericht B 2.

Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche

Die Maul- und Klauenseuche ist in Süddeutschland in erheblichem Maße verbreitet. Die Bekämpfung dieser Seuche ist Sache der Behörden. Die Behörden sind ersucht, die Bekämpfung dieser Seuche zu unterstützen. Die Bekämpfung dieser Seuche ist Sache der Behörden. Die Behörden sind ersucht, die Bekämpfung dieser Seuche zu unterstützen.

Bürgerausschuß-Verammlung

Ich berufe die Mitglieder des Bürgerausschusses zu einer öffentlichen Versammlung am Freitag, den 27. März d. J., nachmittags 4 Uhr in den kleinen Konzerthausaal. Tagesordnung: 1. Verlesung der Sitzungsprotokolle der Sitzungen vom 1918 und der städtischen Rechnungen von 1919 und 1920. 2. Erwerb von Grundstücken in Anliegerfeld in den Stadtteilen Westheim und Mühlburg sowie im Stadtgebiet (67). 3. Erwerb des Grundstücks Egb. Nr. 662, Ecke Kurpfälzer- und Schenkerstraße (68). 4. Verkauf zweier Teilflächen des städtischen Grundstücks Egb. Nr. 17 707 am Hammweg an die Schmied Emil Ganz Eheleute und an die Kranführer Wilhelm Rieger Eheleute hier (70). 5. Ertrag von Straßenberieselungsstellen (72). 6. Wohnungsbau 1925 (69). 7. Verkauf des Grundstücks Egb. Nr. 34 an der Garten- und Haupt-Bürger-Strasse an Buchdrucker und Verlag des 'Volk und Zeit', G. & Co., Karlsruhe (73). 8. Zahlung der Spar- und Pfandleihkasse Karlsruhe (60). 9. Durchführung des Fortbildungsgesetzes (71). Vor der Sitzung - von 3 Uhr 40 Minuten bis 4 Uhr 10 Minuten - findet die Erziehung von drei Mitgliedern des Verwaltungsrats der Stadt Karlsruhe, Leopold u. Sohn-Stiftung hier, Karlsruhe den 20. März 1925, 671. Der Oberbürgermeister.

Patente Büro Werther
Kriegstraße 71, Ecke Hirschg.
Email-Horde
nur erste Fabrikate
Ehnlige Jagungsbedingungen
A. Rosenberger
Glenharzen, Hans- und Maschinenfabrik
G. & Schlegel u.
Markenstraße 32
Seit 1882

Höhere Schulen in Karlsruhe.

Neuanmeldungen von Schülern und Schülerinnen für alle Klassen werden am Montag den 23. März, von 3-5 Uhr in den Schulgebäuden (Hauptschule, Goethe-Schule, Gymnasium, Helmholz-Oberrealschule, Humboldtschule, Kant-Oberrealschule, Volkshochschule) entgegengenommen. Dabei sind vorzulegen: Das Geburtszeugnis (auch für die in Karlsruhe geborenen Schüler), der Impfschein und das letzte Schulzeugnis. Die Aufnahmeprüfungen beginnen am Dienstag, den 24. März, vormittags 8 Uhr. Wir machen darauf aufmerksam, daß Anmeldungen und Aufnahmeprüfungen einheimischer Schüler und Schülerinnen nur am 23. März stattfinden können. Die Grenzen der Schulbezirke sind am städtischen Hirschschule und Volkshochschule: Westendstraße.

Hassiasana - die neue orthopädische Fuß-Bekleidung für Fußleidende. Der Hassiasana-Schuh ist nach den Prinzipien der Orthopädie hergestellt. Durch die eingearbeitete Fußstütze wird das Gelenk gehalten und gleichzeitig der Fuß gestützt. Die Formen der Hassiasana-Schuhe sind modern und elegant. Hassiasana-Schuhe werden für Herren, Damen und Kinder von der berühmten 'Hassia-Schuhfabrik' hergestellt. Fuss-Stütze. Alleinvertreter für Karlsruhe: HERMANN TIETZ.

Westen 12.50 an. Herren- und Damen-Westen. Kinderwesten von Mk. 4.- an. Kostüme von Mk. 35.- an. Alles nach Maß. Strümpfe und Socken werden neu- und angestriekt. Teilzahlung gestattet. Maschinenstrickerei L. Engelhard. Gartenstraße 11.

Der Einkauf von Betten ist Vertrauenssache



Kinder-Bettstellen
in Holz und Metall
18.50 24.— 27.— 30.— bis 58.—
Komplette Kinder-Betten
von Mk. 49.50 an
von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung
Gut! Schön! Preiswert! 1749

Bettenhaus Buchdahl
Kaiserstr. 164 Karlsruhe Nähe Hauptpost

COLOSSEUM
heute abend 8 Uhr.
„Otto der Traue“.

Kleiderstoffe · Frühjahrsneuheiten

Grosse Auswahl
Auserlesener Geschmack in bekannt guten Qualitäten
Aufsehen erregend billige Preise
auch im Kleinverkauf

Otto Lewin im Friedrichshof
Karl Friedrichstraße 28

Friedrichshof

Sonntag, den 22. März
Großes Bockbier-Fest
ab 5 Uhr nachmittags

Doppelkonzert — Büttnerredner
Frische Bock- und Schweinswürste
Reichhaltige Abendkarte mit verschiedenen Spezialitäten.
Zahlreichem Besuch sieht entgegen
H. Stehlin

Blumensamen

Alle Sorten in erster Qualität!

BLUMENGARTENDÜNGER
KAUFEN SIE BEI
E. Frohmüller
SAMEN-GROSSHANDLUNG
Karlsruhe i. B.
AM LUDWIGSPLATZ
TELEPHON 54 35

Chaiselongue
neu v. 35.4 an
Polstermöbelhaus Köhler, Schützstr. 25

Möbelhaus Maier Weinheimer Karlsruhe i. B. nur Kronenstr. 32 Zahlungserleichterung.

Sofort gesucht jüngere Handformer
der eine Maschinenformerei einrichten soll. Der Mann muß selbst mitarbeiten, höchste Stellenzahl erzielen und die Arbeit selbstständig führen können. Stellung ist dauernd. Off. m. Lebensl. Zeugnis, Nachr. und Lohnforderung unter Nr. 257 an das Volksfreundbüro.

Pfannkuch
Zur Konfirmation
Gemüse-Konserve:
Brett- und Stangen-Spargeln
Schnitt-Brett- und Prinzess-Bohnen
Erbisen
Karotten
Tomaten-Püree und Mark
Pflasterlinge
Steinpilze
Pfannkuch

Resi-Lichtspiele
Waldstraße

„Rund um die Ehe“
Ein Film Lustspiel nach dem gleichnamigen Roman von Lothar Schmidt.
„Felix als Perlenfischer“

Kunst-Stopferei und Handweberei
Leiste das Beste auf dem Gebiete der unsichtbaren Wiederherstellung beschädigter Kleidungsstücke in Stoffen aller Art, auch werden Kleider zum unsichtbar Flicker angenommen. Maß Preise. Gute Bedienung.
Telephon Nr. 4558 **Gottfried Wolf** Zirkel 27, zwischen Herren- u. Ritterstr.

Geschäftsverlegung.
Meiner werten Kundenschaft zur Kenntnis, dass sich meine Büro- und Lageräume ab heute
Friedenstrasse 14
befinden.
O. Potok Nachf.
Leder. Lederabfälle.

1 Zimmer mit 2 Betten oder 2 einzelne Zimmer zu vermieten.
Rudolfstr. 18, 4. St.

Von der Reise zurück
Dr. med. Max Wolf
Vorholzstrasse 13.
Sprechstunden: 8—9 u. 4—5 Uhr.
Fernsprecher: 3234.

Wichtig für alle Frauen!
„Wäschestolz“
ist und bleibt, wie seit 25 Jahren erprobt
die beste Seife
für Wolle, Seide und alle andere feine Stoffe, farbig und weiß
Man lasse sich nicht durch Anpreisung anderer, durch übertriebene Reklame nur verteuert Fabrikate irreführen

Wäschestolz-Seife greift Stoffe und Farben, sofern sie überhaupt Wasser vertragen, **nicht an**, hinterläßt also auch keine Ränder beim Entfärnen von einzelnen Flecken.

Wäschestolz zu Seitenbrühe gekocht, zeigt seine Leistungsfähigkeit vorzüglich auch beim Einweichen, od. Einbürsten u. Auskochen der allgem. Wäsche; er ist durch seine Ausgiebigkeit im Gebrauch billiger als alle anderen Arten Seifen.

Wäschestolz-Seife schont alle Stoffe wie keine andere Seife. Ein Gelb- oder Grauerwerden von weißen Stoffen aller Art ist ausgeschlossen.

Wäschestolz ist erhältlich in allen einschlägigen Geschäften.
Vertreter: **G. Drottinger, Karlsruhe, Friedensstr. 12.**

C. Reinholdt Sohn
Inh.: HEINRICH KOCH
Kaiserstr. 161, Ecke Ritterstr.
empfiehlt
Kommunikanten-Uhren
in Gold, Silber und Metall
Bestecke Trauringe
in bekannt guten Qualitäten
Werkstatt für Reparaturen und Neuarbeit.

„Württembergischer Hof“
Ecke Uhland- und Goethestraße
Samsabg von 1/8 Uhr ab, Sonntag 11—1 Uhr und von 4 Uhr ab

Großes Konzert
mit humoristischen Einlagen.
Schlachtfest.
Prima Pfälzer Weine. — ff. Eichenbaumier.
Alles in bekannter Güte unter billiger Berechnung
Es ladet herzlich ein **Peter Niedes.**

Habe mich in
Eggenstein, Ecke Warden- u. Bahnhofstr.
als
Dentist
niedergelassen.
Eggenstein, den 15. März 1925.
Tel.-Amt Karlsruhe Nr. 827 (Nebenstelle)
Fritz Schmitt
staatl. gepr. Dentist.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in
feinen Solinger Stahlwaren
wie Taschenmesser, Fischbestecke, Scheren, Alpenbestecke und meine
1a Rasiermesser
eigener Fabrikation sämtliche
Rasierutensilien.
H. Tintelott, Karlsruher Messerfabrikation
Kassiermesserhändlererei
Amalienstr. 43 Tel. 4182

Freie Turnerschaft Karlsruhe (e. V.)
Abteilung Südstadt.
Wiederbeginn der Schülerturnstunden
am Dienstag, den 24. März, abends 6 Uhr, in der Uhlandstraße, Schützenhalle.
Wir richten an die Einwohnerlichkeit der Südstadt die Bitte, ihre Kinder in unsere Turnstunden zu schicken. Der Vorstand.

Pfannkuch
Zur Konfirmation
Früchte-Konserven:
Pflaumen mit Stein
Kirchen mit Stein
Stachelbeeren
1/2 Dose 80 Pf.
1/2 Dose 50 Pf.
Erdbeeren
Aprikosen
Pflaumen
Wirsingbeeren
Heidelbeeren
Birnen
1 Dose 70 Pf.
Pfannkuch

**Bücher-
rannen**

Besuchtaschen
echt Leder in großer Auswahl
von Mk. 1.95 an

Damentaschen
in Koffer- und Flügelform echt Leder
von Mk. 5.75 an

Treibriemen

**Sie
staunen!**
wie billig
Sie

Konfirmations- u. Ostergeschenke
machen können durch Einkauf von Lederwaren bei

R. Neureuther
Hebelstraße 15
beim Rathaus.

Brieftaschen
Goldbienen, Zigaretten- und
Zigarettenetuis

Reise-Artikel
Einladungskarten, Akten und Musik-
mappen äußerst preiswert.

**Bücher-
rannen**

Neu eingetroffen!

Impr. Damenmäntel 13.- an
" Kindermäntel 4.- an
Donnermäntel 12.- an
Covercoatmäntel 9.- an
Tuchmäntel 13.- an
Gardinenmäntel 26.- an
Summalmäntel für
Damen u. Herren - M 22.- an
Doppelpokostüme 10.- an
Chapottokostüme 24.- an
Rips- u. Burgherrykostüme,
in besten Qualitäten
Waschkleider M 4.- an
Wollkleider M 7.- an
Konfirmanden- und
Kommunikantenkleid. 9.- an
Trikotkleider M 8.50 an
Unterröcke, Prinzessröcke,
Schlupfrosen, Schürzen,
Damenwäsche, Regen-
schirme, bekannt billig

Daniels
Konfektionshaus
Wilhelmstr. 36, 1 Tr.

Vertreter
führt bei hochh. Bez. H.
G. Meut, Holzstr. 9.
Salzschicht, Büchel-
burg in Schleien. 277

Was die Leute sagen:

Frau H. B.: An der Knorr Suppenwurst bin ich froh; in einer guten Viertelstunde ist die Suppe gekocht; sie ist wohlschmeckend u. billig.

Frau G.: Eigentlich hatte ich ein „Aber“ gegen fertige Suppen. Aber ich gebe zu, eine Suppe mit Knorr Suppenwurst ist so gut, dass, wenn ich eine Suppe selber mache, ich sie auch nicht besser fertig bringe. Und dann die Zeitersparnis! —

Frau R.: Ich verwende gern Knorr Suppenwurst, ich erspare dabei. Und wenn's Ochsen- schwanzsuppe gibt, da schmeckt mein Mann.

Frau Q.: Bei der Dienstbotennot ist Knorr Suppenwurst eine gute Hilfe für die Hausfrau. Meine kleine Tochter kocht schon allein die Suppe für uns und sie schmeckt uns ausgezeichnet.

Frau Dr. E.: Sie wollen wissen, was ich von der Knorr Suppenwurst halte. Wir finden die damit gemachten Suppen lecker und wohlschmeckend, ich empfehle sie all meinen Bekannten — mehr kann ich nicht sagen.

Stauend billig verkaufe ich
solange Vorrat reicht

Steibergrünze, 2 für, b. 2 für 25.- an; 1 für. Schürze; Sommer von 15.- an; berich. Nachtische von 15.- an; Zimmer- und Küchenschürze von 15.- an; Stühle in allen Preislagen; Küchengrüne von 15.- an; gute, saubere Bettstellen mit prima Matze von 15.- an; 2 gleiche mod. Bettstellen mit Matze 15.- an; ferner hochhaupt. Betten in berich. Preislagen; gute Deckbetten von 15.- an und höher; Kissen und sonstige Federbetten in guter Auswahl; 2 neue, eig. Betten mit Matze und Matratzen; einzelne eig. Bettstellen, prima Ware, 15.- an; das Paar; eig. Schürze, 150 cm, vollert; 3 teilig. Spiegelkranz sowie berich. andere Gegenstände, Spiegel usw.; prima Hobelwerk für 2 Kisten, Waschkümmern mit und ohne Rahmen von 15.- an. Außerdem berich. Küchengeräte, Bettwäsche, Kleiderstoffe und Schlichter alles stauend billig im An- und Verkaufsgeschäft 2007

D. Gufmann, Rudolfstraße 12

Ernst Kratz
Waldstr. gegenüber der Hofapotheke

Rasierklingen
besten Marken

**Rasierklingen, Messer,
Schleiferei**

Korpulenz macht alt!

Fettleibigkeit wird durch **Grossere Reduktionspillen** beseitigt. Preisgekrönt mit goldenen Medaillen und Ehrendiplom. **kein starker Leib, keine starken Hüften, sondern jugendl. schlanke, elegante Figur.** Kein Heilmittel, kein Geheimmittel. Garantiert unschädlich. Aerztlich empfohlen. Keine Diät. Viele Dank-schreiben. Preis 4 Mark.

Hof-Apotheke, Karlsruhe, Kaiserstr. 201

Jeder ist seines Glückes Schmied!

Sie können die heute so riesige Auswahl Taschenuhren, Stauuhren, Goldwaren, Musikinstr. Fahrräder usw. bei uns **völlig kostenlos** erhalten. Stauend und verblüffend einfach. **Mitbringen ausgeschlossen.** Kleinerlei Verpflichtungen haben Sie, nur wollen Sie versuchen, uns die richtige Lösung des nebenstehend. Sprichwortes nebst Rückporto **sofort** einzusenden. Briefporto 10 Pfg.

Heriot-Compagnie, Präm.-Abt., Friedenau W 146.

Achtung! Arbeiter!
Durch günstigen Abschluss bin ich in der Lage, einen großen Vorrat

blaue Arbeits-Anzüge
prima Qualität, billig anzubieten.

Für Lehrlinge Größe 44 - 46 . **7.50 Mk.**
" Männer " 48 - 54 . **8.00 "**

Niemand verjähme diese günstige Gelegenheit.

Otto Weber, Schützenstr. 36

Besuchen Sie
bitte in Ihrem eigenen Interesse das

Baubund Möbelhaus

Karl-Friedrichstraße 22, am Rondellplatz.

Durch Großeinkäufe für unsere sämtlichen Zweigstellen in Baden bieten wir unserer werten Kundschaft **aussergewöhnliche Vorteile beim Einkauf durch grösste Auswahl**

Billigste Preise! Grösste Zahlungserleichterungen!

Lassen Sie sich vor jedem Möbeleinkauf von uns **kostenlos beraten!**

Baubund Möbelhaus

Bad. Baubund, G. m. b. H.
Karl-Friedrichstr. 22 (Rondellpl.), Fernruf 5157

**Wilde Siede-
Eier**
10 Stück 95 Pfg.
Italiener

Rahmtäfe
(mitl.) Pfund 1.30

D. Manhardt
Kaiserstr. 44
Telephon 2182

S. Manhardt
Zurlacher Allee 32

**Sämtliche
Lebensmittel**
kaufen Sie stets zu

Konkurrenz-Preisen
und nur erstklassigen
Qualitäten bei den

„Kola“
Mitgliedern
erkenntlich durch Mitgliedschild.

Arbeiter! Berücksichtigt bei Eueren Einkäufen die Interessen dieser Stellung!

**In 30 Minuten
Ihre Passbild**
in der Photogr. Atelier
Kaiserstr. 50 Eing. Adlerstr.

Aus der Mappe des kleinen Moritz.

Das ist
das ist
das ist



Das ist
das ist
das ist

Moritz meint natürlich das berühmte, von vielen Aerzten empfohlene **Hühneraugen-Lebewohl** für die Zehen und **Lebewohl-Ballenscheiben** für die Füsse, erhältlich in Bleichlosen (8 Pfister 75 Pfg. in Apotheken und Drogerien.

Bruchsal
Gedächtnisfeier für die
März gefallenen von 1849

Auf Sonntag, den 22. März 1925, vormittags 11 Uhr findet im „Bürgerhof“ unter Mitwirkung der Gedächtnisfeier für die Vorkämpfer der Republik statt.

Die Gedächtnisrede hält Herr Adolf Ged, Dörsch.

Hierzu ist die republikanische Bevölkerung von Bruchsal und Umgegend freundlichst eingeladen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und republikanische Parteien.
NB. Die Reichsbanner-Kameraden erscheinen in Uniform.

Durlacher Anzeigen
Kinder-Erholungsfürsorge.

Nach dem Ergebnis der in den letzten Tagen stattgefundenen schulärztlichen Untersuchung der Schulkinder bedarf eine Reihe Kinder dringend einer Erholung. Wir wollen den Eltern fraglicher Kinder auch in diesem Jahre bei der Unterbringung ihres Kindes in einem Kindererholungsheim weitestgehende Unterstützung zuteil werden lassen. Es ist unfernt beabsichtigt, die Mehrzahl der Kinder zur Erholung nach dem Kindererholungsheim Seuberg zu entsenden. Eine geringere Anzahl Kinder wird auch im Altal Aufnahmefähigkeit finden können. Das Stadt. Kindererholungsheim auf dem Seuberg wird in diesem Jahre für Ganz-Tagesfahrten nicht verwendet. Es ist nun dringend notwendig, daß sich all diejenigen Eltern, die ihr Kind durch unsere Vermittlung in einem der Kindererholungsheime untergebracht haben wollen, jetzt schon und zwar in der Zeit vom 19. bis zum 28. d. M. beim unterzeichneten Amt — Abteilung Kindererholungsfürsorge, Eilfingerstraße 4 — anmelden. Aber diese Anmeldung unterläßt, muß damit rechnen, daß später eine Berücksichtigung nicht mehr stattfinden kann.

Durlach, den 16. März 1925. 662
Stadtjugendamt.

